

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

„Ordnung“ herrscht in Berlin  
Bilder vom Berliner Polizeiterror

Kölnener Polizei schießt auf Arbeiter

Leipziger bei Hindenburg

Faschistischer Militärstreik in Brünn

Zwischenbilanz der Krise

SAP-Gewerkschaftserfolge

Ausdehnung des Londoner Verkehrstreiks

# Polizeiterror gegen das Berliner Proletariat

## Mit Gummiknüppeln, Karabinern und Panzerwagen gegen die Arbeiter Unerhörte Ausschreitungen der Berliner Polizei — Zahllose Verletzte durch Polizeischüsse und Gummiknüppel

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Berlin, 22. Januar.

CNB. Die Ankündigung der Nazidemonstration vor dem Karl-Liebknecht-Haus hat eine große Erregung in der Berliner Arbeiterschaft ausgelöst. Nicht nur der „Vorwärts“ und der Berliner Ortsausschuß des ADGB, sondern auch die bürgerlich-liberale Presse sahen sich gezwungen, diesen Aufmarsch als eine unerhörte Provokation zu bezeichnen. Die Polizei ergriff von vornherein in der einseitigsten Weise Partei für die Nazis, was zum Beispiel darin zum Ausdruck kam, daß sie sogar der Volksbühnenleitung gegenüber ablehnte, ihr eine Zusage für das Stattfinden eines geplanten Konzerts zu geben.

Vom frühen Morgen an war die Polizei in höchster Alarmbereitschaft.

Mit Karabinern ausgerüstete Schupos sperrten den Bülowplatz im großen Umkreis ab. Auch die Zugangsstraßen zum Bülowplatz, durch welche die Nazis marschieren sollten, waren durch fünfzählige Schupoketten vor der Arbeiterschaft abgeriegelt. Panzerautos standen bereit.

Die gesamte Polizei Berlins war auf den Beinen. Vielfach hatte man den Eindruck, daß auch noch auswärtige Kräfte zur Unterstützung der Berliner Polizei herangezogen waren. Auch in den Arbeiterbezirken wurden massenhaft Polizeikräfte eingesetzt. Infolge der Erregung der Berliner Bevölkerung waren die Viertel zwischen Alexanderplatz, Rosenthaler-, Schönhauser- und Königstor (Umgebung des Bülowplatzes)

von Tausenden von Arbeitern belebt. Die Polizei ging rücksichtslos gegen jede Ansammlung von Arbeitern vor.

Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Wiederholt wurde geschossen. Die ersten Schüsse fielen in der Münzstraße. Später wurde auch an anderen Stellen wiederholt geschossen. Im Osten Berlins, am Forckenbeckplatz, und in der Gollnowstraße im Nordosten ging die Polizei

mit aufgeflossenen Bajonett gegen die Arbeiter

vor. An verschiedenen Stellen wurde der Versuch gemacht, Gegendemonstrationen zu veranstalten. Die amarschierenden Nazizüge wurden an zahlreichen Stellen mit „Hitler verreckel“- und „Nieder“-Rufen empfangen.

In allen diesen Fällen ging die Polizei in der brutalsten Weise gegen die demonstrierenden Arbeiter vor.

In der Klosterstraße an der Königstraße konnten die Nazis unter dem Schutze der Polizei einen Überfall auf Arbeiter vornehmen. Die Beteiligung an der Nazidemonstration war verhältnismäßig schwach und blieb hinter früheren Lustgarten-Demonstrationen weit zurück. Um eine größere Länge vorzutäuschen, marschierten die Nazis in Dreierreihen und weit auseinandergezogen.

Im gesamten Osten marschierten knapp tausend Mann SA auf.

Zivilbevölkerung war nur gering vertreten. Dieser klägliche Verlauf ist um so bemerkenswerter, als es die Nazis auf eine Kraftprobe abgesehen hatten, und alles, was Beine hat, war aufgeboten.

Auch die Beteiligung der Arbeiterschaft an den Gegenkundgebungen war angesichts der ungeheuerlichen Provokation und der vorhandenen Erregung keineswegs befriedigend. Was aber noch weit schlimmer war, war das Fehlen jeglicher Organisation. Die Gegenkundgebungen waren zersplittert, ohne jeden einheitlichen Plan und ohne jegliche Leitung. Hier zeigte sich das gleiche Bild wie bei früheren Gegenkundgebungen, daß die Anhänger der KPD den Lösungen der KPD nicht folgen.

Der Verlauf dieses Sonntags beweist von neuem die Richtigkeit der von der SAP geforderten einheitlichen Aktion, die die KPD-, sowie SPD- und ADGB-Führung abgelehnt haben!

### Augenzeugen berichten ...

Die „Welt am Montag“, die politisch der Sozialdemokratie nahesteht, veröffentlicht folgende Berichte von Augenzeugen:

„Man erlebt folgendes: Zwei junge Menschen wollen in ihre elterliche Wohnung. Es ist 12 Uhr, noch ist kein SA-Mann auf dem Bülowplatz zu sehen. Ein Polizeibeamter läßt sie durch, sagte aber: „Laufen müßt ihr.“ Als sie im Schnellschritt gehen, wiederholt er: „Wollt ihr wohl laufen!“ Und im gestreckten Galopp müssen die jungen Menschen in die Wohnung ihrer Eltern stürmen, um Mittag essen zu können — nur weil die SA demonstrieren will. Alle Zugangsstraßen sind dicht von Polizei besetzt. Schaut irgend jemand heraus aus dem Fenster, wird gerufen: „Fenster zu!“ Trifft jemand auf seinen Balkon, heißt es sofort: „Runter vom Balkon!“ Die Kohorten in der braunen Uniform maßen sich Polizeibefugnisse an, die Beamten dulden das anscheinend auf höheren Befehl hin.

Der in Rekordstärke angetretene, mit Gummiknüppel und Karabiner schwer bewaffnete Polizei — sogar ein Tank wurde geschickt — ist das Zeugnis auszustellen, daß sie aufs rigoroseste den Nazizug vor jeglicher Zudringlichkeit behütet hat. Nazis, die in Gruppen von acht bis zehn Mann aus dem Zuge herausstritten, um auf Männer und Frauen einzuschlagen, die nichts anderes als einen abfälligen Zuruf gewagt hatten, ließ sie glatt gewähren. Aber buchstäblich riskierte jeder Passant, der sich irgendwie als Nazigeegner zu erkennen gab, eins mit dem Gummiknüppel abzubekommen.

¼3 Uhr, zwischen Kaiser-Wilhelm- und Dirksenstraße. Ein junges Mädchen hat ein paar nazigezogene Worte gesagt. Einer der Schupos, der größte und längste, rückt ganz nahe an sie heran, tritt ihr absichtlich mit voller Wucht auf die Schuhe. Das junge Mädchen fängt an zu heulen. Diese Schuhe seien ihre einzigen Zeugen des Vorfalles wenden sich mit vorsichtiger Kritik gegen den Schupo. Sofort werden die Gummiknüppel gegen sie mobil gemacht, und die fliehenden werden bis zur Panoramastraße verfolgt.

Vielfach war zu beobachten, daß auf die bloße Denunziation marschierender Nazis hin, es seien Niederrufe gegen sie ausgestoßen worden. Schupos ein förmliches Verhör gegen die Beizichtigten anstellte. Der Alexanderplatz war schon anderthalb Stunden vor dem Beginn des Aufmarsches abgesperrt, eine noch nie dagewesene Vorsorge. Von 2 Uhr an wurde vor allem die Münzstraße, ohne ersichtlichen Grund, alle paar Minuten abgekämmt. Rund um den Alexanderplatz begab man dauernd Menschen, deren Köpfe fürchterliche Gummiknüppelverletzungen aufwiesen.“

### Aus

### der offiziellen Darstellung

Berlin, 22. Januar.

CNB. Die Polizei hatte, um Unruhen möglichst im Keime zu ersticken, umfangreichste Sicherungsmaßnahmen getroffen. Sie befand sich während des ganzen Sonntags in höchster Alarmbereitschaft. Der dem Friedhof benachbarte Bülowplatz, an dem sich das Karl-Liebknecht-Haus befindet, war in weitem Umfange nebst den benachbarten Straßenzügen und dem Friedhof selbst, abgesperrt worden. Bereits in der neunten Morgenstunde wurde der Bülowplatz von Schutzpolizeibereitschaften, die sämtlich mit Karabinern ausgerüstet waren, besetzt.

Die Polizei besetzte weiter das Karl-Liebknecht-Haus.

Sie fand eine sehr hohe Anzahl von Kommunisten vor, die dort zusammengezogen waren. Um Provokationen zu vermeiden, mußten die Kommunisten das Haus räumen.

Die Polizei besetzte ebenfalls das Dach des Karl-Liebknecht-Hauses

und die Dächer benachbarter Häuser, von denen aus sie die Anmarschstraßen und den Platz gut übersehen konnte. Die naheliegenden Untergrundbahnstationen wurden um 11 Uhr für den Publikumsverkehr gesperrt, um zu verhüten, daß plötzlich aus den U-Bahn-Schächten Kommunisten in großer Zahl auf den Bülowplatz strömten. (II) Zu der Mittagsvorstellung der Volksbühne, die am Bülowplatz liegt, wurden nur bis 11 Uhr Personen durchgelassen. Die Polizei hatte nämlich in Erfahrung gebracht, daß ein großer Teil der Eintrittskarten von kommunistischer Seite erworben worden war (??), damit auf diese Weise die Kommunisten an den Bülowplatz herankommen konnten. Ein großes Kino, in das die Kommunisten einen Teil ihrer Anhänger als Besucher hatten dirigieren wollen, wurde gesperrt (!). Auf dem Bülowplatz stand ein Panzerwagen der Polizei. Zwei weitere Panzerwagen wurden in Bereitschaft gehalten.

Die nationalsozialistischen Formationen hatten sich in den verschiedenen Stadtteilen gesammelt. Der Anmarsch wurde von zahlreichen Zuschauern beobachtet. Die marschierenden Nationalsozialisten wurden zum Teil mit Heil-Rufen begrüßt. Ein großer Teil des Publikums brach jedoch in Schmäh- und Niederrufe aus. Immer wieder mußte die Polizei eingreifen, um Zusammenstöße und Tötlichkeiten zu verhindern.

In der Gegend am Bülowplatz trugen viele Häuser roten Flaggenschmuck.

Man sah aber auch zahlreiche Hakenkreuzflaggen. Während des Aufmarsches mußten die Fenster sämtlicher benachbarter Häuser geschlossen bleiben. Auch auf den Balkonen durfte sich niemand aufhalten.

### 22 Verletzte — 68 Verhaftete

Berlin, 22. Januar.

CNB. Nach den letzten Feststellungen der Polizei sind bisher 68 Personen zwangsweise gestellt worden. Während des Sonntags ereigneten sich bis 4 Uhr nachmittags 21 Überfälle auf Trupps der NSDAP. Die Polizei mußte 19 mal einschreiten, um verbotene Demonstrationen aufzulösen. Im ganzen sind 22 Personen verletzt worden, darunter drei Polizeibeamte. Die Verletzungen sind durchweg leichter Art.

(Fortsetzung Seite 2)

### An Gräbern sage die Wahrheit!

Von Paul Frölich

(I\*)

### Wer fabrizierte die Zeitungsbesetzungen?

Der „Vorwärts“ lügt: „In Berlin — das ist die dritte geschichtliche Tatsache — hatten die Spartakisten das Zeitungsviertel mit Bewaffneten besetzt.“

Während des Krieges war der „Vorwärts“ vom Parteivorstand des Berliner Arbeitern unter Bruch des Parteirechts geraubt, aus einem kriegsgegnersischen in ein kriegsbetreibendes Blatt verwandelt worden. Nie hatten die radikalen Arbeiter Berlins dieses Attentat vergessen und verwunden. Die schamlose konterrevolutionäre Hetze des Stämpferorgans im November und Dezember riß die alten Narben wieder auf, und so kam es am ersten Weihnachtstag, nach dem blutigen Angriff auf die Matrosen, zu einer spontanen Besetzung des „Vorwärts“ durch demonstrierende Arbeiter. Nach dem Druck von Flugblättern wurde die Zeitung wieder freigegeben. Eine sonderbare Entdeckung wurde bei der Besetzung gemacht: Im „Vorwärts“-Gebäude fanden sich 1 Panzerauto, 21 Maschinengewehre, 8 Kisten Maschinengewehrmunition, 26 Kisten Handgranaten usw. Das waren die geistigen Waffen!

In der ungeheuren Erregung des 5. Januar wurde der „Vorwärts“ von neuem besetzt, in der Nacht auch die Zeitungsbetriebe von Ullstein, Mosse und Scherl. Aber unter den Arbeitertruppen, die diese Druckereien stürmten, befand sich kein einziger bekannter Arbeiterführer, keiner vom Spartakusbund, keiner von den revolutionären Obleuten. Erst später sind Genossen wie Eugen Leviné, Wolfgang Fernbach, Werner Möller hingekommen und haben die Leitung, oft nach heftigen Auseinandersetzungen mit zweifelhaften Elementen, übernommen. Wie die Dinge sich abgespielt haben, das ist später in Gerichtsverhandlungen und vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags fast restlos aufgeklärt worden. Und was stellte sich heraus?

Es war der Kellner Alfred Roland, der während der großen Demonstration vor dem Polizeipräsidium die Parole zur Besetzung des „Vorwärts“ herausgab. Dieser Roland hatte sich in den Roten Soldatenbund eingeschlichen. Er war Spitzel der Stadtkommandantur. Später hat er in Mitteleuropa ganz tolle Provokationen gegen die kommunistische Partei verübt.

Bei Mosse hatte sich ein gewisser Drach zum Kommandanten der Arbeiterbesetzung gemacht. Er war ein Abenteurer, der bereits 1914 im Internationalen Arbeiterverein in Genf als Spitzel und Provokateur entlarvt worden war. Während des Krieges war er Spion der deutschen Regierung im Ausland. Später war er in verschiedene Spitzelaffären verwickelt.

Am 6. Januar wurde die Reichsdruckerei unter der Führung des Feldwebels Grant, eines Ingenieurs von Schwarzkopf, besetzt. Dieser Grant hatte nach seinen eigenen Angaben geheime Verbindungen mit dem sozialdemokratischen Stadtkommandanten Leutnant Fischer. Er reizte im Polizeipräsidium zur Beschlagnahme der Gelder der Reichsdruckerei auf und hat

\*) Der erste Aufsatz erschien in der „SAZ“ vom 20. Januar.

offenbar bei der Rückeroberung der Reichsdruckerei Verant. gebl.

Die Pionierkassette in der Kopenicker Straße wurde am 6. Januar von Arbeitern gestürzt. Dabei war der Batallionskommandant der Sicherheitswehr Dünker hervorragend beteiligt, der von Eickhorn zum Leutnant Fischer übergegangen war und unter dem Charlatantentum Polizeipräsidenten Richter, dem späteren Berliner Polizeipräsidenten und Batallionchefs, die Leitung einer regierungstreuen Sicherheitswehr übernommen hatte.

Alle diese Besetzungen waren militärisch vollkommen wertlos. Sie erwiesen sich am Ende als Füllen für die Arbeiter. Aber sie erwiesen sich als vortreffliche Mittel, die Stimmung gegen Spartakus aufzupeitschen, und gaben den „unpolitischen“ Rückhalt für das machbare Blutbad unter der Arbeiterschaft. Die Fäden dieser Aktionen liefen schließlich zum Stadtkommandantur zurück.

Wer ist verantwortlich für die Mordhetze?

Der „Vorwärts“ heuchelt: „Dabei und danach kam es zu Schandthaten, wie sie bei einem Bürgerkrieg leider niemals ausbleiben. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden als wertlose Gefangene von einer verurteilten Soldateska ermordet. Daß diese schandliche Tat die schärfste Verurteilung verdient, ist von Sozialdemokraten nie bestritten worden. Einen Sozialdemokraten, der die Ermordung wehrloser Gefangener für erlaubt hält, hat es niemals gegeben, weil eine solche Tat zur ganzen Denkweise der Sozialdemokratie im schärfsten Widerspruch steht.“

Wir wollen uns auf die Wiedergabe von Tatsachen beschränken.

Am 9. Dezember 1918 stellte der Graf Brockdorff-Rantzau in einem Brief an Scheidemann Bedingungen für die Übernahme des Außenministeriums. Unter anderem hieß es dort: „Im einzelnen möchte ich hier ergänzend ... hinzufügen, daß ich ... ein scharfes Vorgehen gegen die bolschewistischen Umtriebe und ihre Leiter bis zu den letzten Konsequenzen für unumgänglich erforderlich erachte.“ Auf diesen Brief hin wurde der Graf engagiert.

Seit dem November wurde eine planmäßige Mordhetze gegen die Führer des Spartakusbundes durch Plakate, Aufrufe, öffentliche Auslobung von Kopfpriämien betrieben. „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!“ Beteiligt war daran die Antibolschewistische Liga, die mit Regierungsgeldern gefüttert wurde. Obwohl in einzelnen Fällen die Drucker dieser Plakate festgesetzt wurden, ist nie etwas gegen die Mordhetze unternommen worden.

Der Kriminalkommissar Tamschik, der den Führer der Kommunistischen Partei Leo Juchacz im Polizeipräsidium und den Matrosenführer Dorenbusch in Moabit erschab, wurde von Severing zum Polizeioffizier befördert.

Am 6. Dezember 1918 wurde Karl Liebknecht von dem Spitzel der Stadtkommandantur v. Tyska verhaftet. Es handelte sich um einen Mordversuch. Wels „entlich“ diesen Burschen, geb ihm eine horrend Abfindungssumme, verwandte ihn aber sofort wieder für dunkle Zwecke.

Am 10. Januar 1919 wurden Georg Ledebour und Ernst Meyer von einer mit Maschinengewehren ausgerüsteten Truppe verhaftet, an deren Spitze derselbe v. Tyska und ein anderer Spitzel Gürgen standen. Nach Aussage Gürgens wollte Tyska die Verhafteten erledigen und die Leichen in die Spree werfen lassen. Die Soldaten machten aber nicht mit, Ledebour und Meyer wurden zum sozialdemokratischen Hauptquartier, der Stadtkommandantur, gebracht und dort mit dem Tode bedroht. Der Leutnant Fischer ließ sie nach dem Prinzeninnenplatz transportieren unter Maßregeln, die Ledebour und Meyer den Verdacht erweckten, es solle ein „Fluchtversuch“ konstruiert werden. Obwohl die Gefahr weiter bestand und Ledebour der Führer einer Verhandlungskommission zur Beilegung der Streitigkeiten war, die am 11. Januar mit sozialdemokratischen und Regierungsinstanzen tagen sollte, ließ die Regierung die beiden in den Händen jener mordlustigen Elemente.

Im Regiment Reichstag, einer von Sozialdemokraten gegründeten Bürgerkriegstruppe, bestand eine Spitzelorganisation, die sich „Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei, Sektion 14“ nannte. Zu ihren Aufgaben gehörte die „Unschädlichmachung politisch verdächtiger Persönlichkeiten“. Sie betrieb vor allem die Jagd auf Luxemburg und Liebknecht.

Im Dezember 1920 fand ein Sensationsprozess gegen einen gewissen Prinz statt, der behauptet hatte, er besitze einen Befehl zur Ermordung Karl Liebknechts, der von Scheidemann und Georg Sklarz unterschrieben sei. Sklarz, ein Intimus sozialdemokratischer Führer und Großschieber, finanzierte das Regiment Reichstag. In dem Prozess wurden u. a. folgende Aussagen gemacht:

Gürgen (der Ledebour und Meyer verhaftete): Die Abteilung im Kronprinzenpalais hieß offiziell „Nachrichtendienst der Kommandantur Berlin“. Inoffiziell wurde den Leuten immer gesagt: „Sehen Sie zu, daß Sie die Führer bekommen. Wie Sie das machen, ist Ihre Sache.“ Es wurde mehrfach zur Beseitigung der Spartakisten aufgefordert. Es sei der Befehl gegeben worden, rücksichtslos vorzugehen. Schriftlich seien diese Befehle nicht gegeben worden, dazu sei man zu vorsichtig gewesen. Doch habe Fischer Straflosigkeit zugesichert. Alle Personen, die damals eine Rolle spielten,

### Ausdehnung des Londoner Verkehrsstreiks

London, 21. Januar. WTB. Der Streik im Städtischen Autobusbetrieb greift am sich; es schließen sich immer mehr Angestellte den Streikenden an. Zur Zeit stehen 10 000 Personen im Ausstand.

# Polzeiterror gegen das Berliner Proletariat

(Fortsetzung von Seite 1)

## Weitere Zusammenstöße

Berlin, 23. Januar. CNB. In der Nacht zum Montag kam es in verschiedenen Stadtteilen Berlins zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Im Norden der Stadt entwickelte sich zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern eine Schlägerei. Fünf Nationalsozialisten und sieben Kommunisten wurden festgenommen.

In Steglitz kam es gegen 2 Uhr morgens zu einer Schlägerei zwischen mitrotierten Nationalsozialisten und KPD-Leuten. Ein NSDAP-Mann wurde leicht verletzt. Zwei Kommunisten und zwei NSDAP-Leute wurden festgenommen.

## Volksbühne klagt auf Schadensersatz

Durch die Maßnahmen der Polizei beim provokatorischen Naziaufmarsch am Bülowplatz ist auch der Volksbühne schwerer Schaden zugefügt worden. Für das Mittagskonzert der Sängerin Maria Ivoglin waren die Plätze bereits seit Wochen ausverkauft. (Auch ist es natürlich Schwindel, daß sich die Kommunisten dort einschleichen wollten! Die Red.) Die Direktion der Volksbühne hatte vorsorglich am Sonntagabend beim Polizeipräsidenten angefragt, ob Sicherheit für einen ungestörten Besuch des Konzerts gegeben sei. Sie erhielt die Antwort, daß das von den Maßnahmen des Platzkommandanten abhängt, der alle Vollmachten erhalten habe.

Am Vormittag zeigte sich dann, daß die Absperungen am Bülowplatz sehr willkürlich gehandhabt wurden. Ein kleiner Teil der Besucher, die sich durch ihre Karten ausweisen konnten, wurde durchgelassen, dem anderen weit größeren Teil versperrte die Polizei trotz der Ausweise den Zugang zur Volksbühne. Die Folge war, daß etwa nur 400 Besucher Eingang finden konnten und von den 2000 verkauften Plätzen 1500 bis 1600 leer bleiben mußten.

Da die Volksbühne verpflichtet ist, die Preise für die nicht benutzten Karten zurückzustatten und obendrein auch noch das Fahrgehalt für die ungenutzte Hin- und Rückfahrt ersetzen muß, erwächst ihr ein Schaden von vielen tausend Mark. Da der Schaden lediglich auf die polizeilichen Maßnahmen zurückzuführen ist und die Volksbühne selbst keinerlei Verschulden an dem Ausfall einer wichtigen Einnahme hat, wird sie den Polizeipräsidenten für den erlittenen Schaden haltbar machen und zu diesem Zweck Klage beim zuständigen Gericht erheben.

## „Kronprinz“ und Auwi natürlich auch dabei

Am Grabmal für Horst Wessel, das gestern eingeweiht wurde, ließen u. a. der frühere deutsche Kronprinz und „Prinz“ August Wilhelm Kränze niederlegen.

## Polzeiterror verhindert LLL-Kundgebung der SAP

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Berlin, 22. Januar. CNB. Die Sozialistische Arbeiterpartei Berlin hatte für Sonntag, den 22. Januar 1933 im Lichtspieltheater Babylon am Bülowplatz vormittags 11 Uhr eine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung angesetzt. Am Freitag wurde der Bezirksleiter vom Major Regierungsrat Becker auf Rücksprache über die Möglichkeit der Abhaltung der Veranstaltung mitgeteilt, daß sie wahrscheinlich auf Grund der Nazi-Demonstration „wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ verbo-

sohlen verhaftet und unschädlich gemacht werden. Leutnant Fischer habe 100 000 Mark für die Beseitigung Karl Liebknechts zugesichert.

Hermann Sonnenfeld: Der Schwiegersohn Scheidemanns Henck erzählte mir wiederholt, daß von Scheidemann und Sklarz 100 000 Mark ausgesetzt seien, um Karl Liebknecht und Frau Luxemburg unschädlich zu machen.

Ernst Sonnenfeld, Zahnmeister im Regiment Reichstag: Er habe im Januar 1919 von Henck den mündlichen Befehl erhalten, denjenigen Personen, die sich als Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auswiesen, je 50 000 Mark auszuhändigen.

Leutnant Fischer: Im Nachrichtendienst ist den Leuten gesagt worden: Ihr müßt die Leute bekommen! (Rechtsanwalt: Ist den Leuten auch gesagt worden: Es ist Eure Sache, wie ihr das macht?) Das kann stimmen. Es bestand nur der Auftrag, die Rädelsführer festzusetzen und soweit Widerstand geleistet wurde, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Soldat Seidl: Im Regiment Reichstag ist allgemein von den ausgeschriebenen 100 000 Mark die Rede gewesen.

Fräulein Krüger, Stenotypistin im Regiment Reichstag: Im Regiment sei allgemein das Gerücht von der Aussetzung der Belohnung verbreitet gewesen. Henck, Scheidemanns Schwiegersohn, habe mit mehreren Leuten über die Sache gesprochen.

Hesel, Leiter der „Sektion 14“ im Regiment Reichstag: Ein Befehl, Liebknecht zu ermorden, bestand. Auch die Belohnung war zugesagt. Schriftlich war nichts vorhanden. Es wurde gesagt: Wer Liebknecht und Luxemburg tot oder lebendig bringt, erhält 100 000 Mark. Das Geld hatten wir

ten werden wird. Endgültige Entscheidung sollte noch später zugehen.

Die Bezirksleitung protestierte gegen das Verbot und forderte die Freigabe der Veranstaltung. Nach mehrmaliger Rückfrage konnte die Bezirksleitung am Freitag keine andere Auskunft als die erhalten, daß die Veranstaltung sicher aus den angegebenen Gründen verboten wird. Eine Rückfrage am Sonntagabend mittig beim Regierungsrat Becker brachte das gleiche Ergebnis.

Weiter wurde aber mitgeteilt, daß die endgültige Entscheidung durch den Polizeipräsidenten selbst gefällt wird. Erst Sonntagabend um 6 Uhr wurde in der Privatwohnung des Genossen Köhler telefonisch mitgeteilt, daß der Polizeipräsident die Veranstaltung nicht verboten hat, daß er aber darauf aufmerksam mache, daß die Besucher der Veranstaltung eventuell durch Absperungsmaßnahmen auf Grund von Zusammenstößen den Zugang zum Theater nicht erreichen können und daß die Möglichkeit bestünde, daß die Besucher des Theater frühzeitig verlassen oder so lange ausharren müßten, bis die Absperungsmaßnahmen aufgehoben sind. Auf Grund dieser Maßnahmen, die schlimmer als ein Verbot waren, und nach ausdrücklicher Ablehnung der Polizei, eine ordnungsgemäße Abwicklung der Veranstaltung zu gewährleisten, hat die Bezirksleitung beschlossen, die Veranstaltung auf den 25. Januar, abends 7,30 Uhr, nach den Sophienfestsälen zu verlegen.

## Kölner Polizei schießt

Köln, 22. Januar.

WTB. In den heutigen Nachmittagsstunden rotteten sich in Köln an mehreren Stellen kommunistisch eingestellte Elemente zu unfriedlichen (1) Kundgebungen zusammen. In wiederholten Fällen mußten Polizeibeamte gegen die Kundgeber einschreiten. Die Beamten wurden hierbei mit Steinen, Briketts usw. beworfen und tätlich angegriffen. Besonders harten Widerstand fanden die Beamten in Köln-Ehrenfeld, wo sich etwa 800 Personen angesammelt hatten. Zur Abwehr der Angriffe waren die Beamten gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Hierbei wurden zwei als radikale Kommunisten bekannte Personen erheblich und zwei weitere leicht verletzt. Die Verletzten wurden in Krankenanstalten übergeführt. Mehrere Polizeibeamte wurden leicht verletzt.

## Drei Todesopfer

(WTB., eigene Meldung Berlin)

Bei den gestrigen kommunistischen Demonstrationen in Köln wurden im ganzen acht Teilnehmer verletzt. Drei von ihnen sind ihren schweren Verletzungen erlegen.

## „Volkswacht“ phantasiert

Die SAP ist so „ausgerollt“, daß das Breslauer sozialdemokratische Organ, die „Volkswacht“, sich Tag für Tag mit uns beschäftigt. Dabei versichert der Verfasser dieser sogenannten Artikel immer wieder, das sei nun bestimmt das letztemal gewesen, daß man sich mit dieser „Sekte“ beschäftigt habe. Ein oder zwei Tage später bringt dann die „Volkswacht“, die nicht gerade überflügelt an interessantem Stoff hat, bereits den nächsten Artikel.

Die neueste „Sensation“ der „Volkswacht“ ist ein Geschreibsel, in dem (zum wiewelchen Male?) die „Spaltung der SAP“ angekündigt wird — diesmal allerdings vor-

Daß die Polizei von vornherein die Absicht hatte, die Veranstaltung nicht stattfinden zu lassen, selbst wenn sie kein formales Verbot der Veranstaltung aussprach, zeigt die Tatsache, daß am Sonntagvormittag schon um 10,30 Uhr der Bülowplatz für jeden Zugang polizeilich abgesperrt war, daß von 11 Uhr ab die Untergrundbahnzüge auf der Station Schönhauser Tor (Bülowplatz) nicht mehr liefen.

Um 11 Uhr wurden alle Lokalitäten am Bülowplatz polizeilich geräumt und geschlossen. Besucher, die zum Theater am Bülowplatz (Volksbühne) wollten, mußten den Platz verlassen.

auch wenn sie sich bereits am Theater befanden.

Das Verhalten der Polizei steht im Widerspruch zu der bisherigen Polizeipraxis, beim Zusammenreffen zweier Veranstaltungen die zuletzt einberufene zu verbieten, falls nicht ein Verbot aller Kundgebungen erfolgt, denn die Veranstaltung der SAP ist nachweislich im November festgelegt worden. Wir protestieren gegen diesen Polizei- und Naziterror und laden unsere Genossen auf, unsere Veranstaltung am Mittwoch, den 25. Januar 1933, in den Sophiensälen durch Massenbesuch zu einer starken Protestkundgebung zu gestalten. Alle anderen Veranstaltungen fallen an diesem Tage aus.

sichtshalber mit Fragezeichen. Die „Argumente“, die das sozialdemokratische Blatt für seine von ihm selbst in Frage gestellte Behauptung auführt, bestehen einzig und allein in der von niemandem bestrittenen „Entdeckung“, daß die SAP demnachst einen Parteitag abhält und daß zur Vorbereitung dieses Parteitages eine offene und öffentliche Diskussion über die Prinzipien der SAP in den Spalten unserer Zeitung und in unseren Mitgliederversammlungen stattfinden!

Die Sozialdemokratie, in der vor dem Krete grundsätzliche Diskussionen — oft in schärfster Form — selbstverständlich waren, ist so auf den Hund gekommen, daß in ihren Reihen wirkliche Diskussionsfreiheit längst nicht mehr besteht. In seinem Neujahrsartikel hat der Parteivorsitzende Otto Wels erneut Beschränkung der Diskussionsfreiheit gefordert, und der Partei-

## Leipart und Genossen bei Hindenburg

Berlin, 21. Januar.

WTB. Der Reichspräsident empfing heute als Vertreter des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Arbeiterbundes die Herren Leipart, Graßmann, Eggerl und Stähr zur Entgegennahme eines Berichts über die Notlage in der Arbeiterschaft Deutschlands und gleichzeitig von Vorschlägen auf wirtschaftlichem, handelspolitischem und sozialem Gebiet.

tag der SPD wud, das stief schon heute fest, wieder eine „machtvolle Kundgebung“, aber keine Stätte geistigen Ringens werden. Aus dieser Einstellung der sozialdemokratischen Führung heraus wird es begreiflich, daß für sie eine offene und scharf geführte Diskussion gleichbedeutend mit Parteispaltung ist. So sind die Phantasien der „Volkswacht“ zwar von Interesse als Beitrag zur Beurteilung der SPD-Psychie — eine reale Bedeutung haben sie aber nicht!

„Berlin, 13. Januar. Es ist die Befürchtung laut geworden, daß die Regierung in ihrem Vorgehen gegen die Spartakiden nachlassen könne. Wie von maßgebender Seite versichert wird, wird man sich mit dem bisher Erreichten keineswegs begnügen, sondern auch gegen die Häupter der Bewegung mit aller Energie vorgehen. Die Berliner Bevölkerung soll nicht glauben, daß die vorläufig Entwichenen sich andern Orts eines ruhigen Daseins erfreuen sollen. Schon die nächsten Tage werden zeigen, daß auch mit ihnen Ernst gemacht wird.“

Vielleicht genügt das alles dem „Vorwärts“, oder sollen wir noch an die Enttäuschung erinnern, die sein damaliger Hausdichter Zickler in den Spalten des „Vorwärts“ am 14. Januar aussprach:

Vielhundert Tote in einer Reih —  
Proletier!  
Karl, Rosa, Radeck und Kumpanoi —  
Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!  
Proletier!

Die Wahrheit an Gräbern sagt: Die sozialdemokratische Führung hat 1918 und 1919 den Bürgerkrieg provoziert und ihn geführt — „bis zu den letzten Konsequenzen“. Sie hat ihn geführt im Bunde mit allen Mächten der Konterrevolution zur Rettung des Kapitalismus und zur neuen Versklavung der Arbeiterklasse. Im Wesen ist ihre Politik dieselbe geblieben bis auf den heutigen Tag.

Und wenn der „Vorwärts“ es wagt, am Schluß seines Artikels zu sagen: „Die geschichtliche Wahrheit wirkt einigend und versöhnend“, dann sollen die sozialdemokratischen Arbeiter die Konsequenz aus der rechten Wahrheit ziehen, sich mit ihr versöhnen, indem sie sich abwenden von ihrer Führung. Dann wird der Bruderkampf der Einigung der Arbeiterklasse Platz machen.

## Bomben gegen das Volkshaus in Sevilla

Madrid, 21. Januar.

WTB. Gegen das Volkshaus in Sevilla wurden in der vergangenen Nacht zwei Bomben geworfen. Die Zündschnur der einen wurde vom Pförtner des Volkshauses unmittelbar vor der Explosion mit Wasser gelöscht, die andere explodierte und verletzte vier Kinder, eine Frau und sieben Männer. Drei Personen wurden verhaftet.

### Wirtschaftsnot treibt in den Tod

Waldenburg, 22. Januar. In Langwallersdorf machte der 62 Jahre alte Invalide Eduard Mende seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Wirtschaftliche Not hat den alten Mann in den Tod getrieben.

In Gottesberg vergiftete sich die 28 Jahre alte Helene König mit Kleesalz. Sie starb unter furchtbaren Schmerzen.

Breslau, 21. Januar. Der seit dem 14. Januar vermißte Gärtner Konrad Sezigio aus Breslau ist am Freitag in einem Gebüsch unweit des Bahnhofs Sudewitz erschossen aufgefunden worden. Es liegt Selbstmord vor. Das Motiv zur Tat ist offenbar in wirtschaftlicher Notlage zu suchen.

### Erwerbslose im Kampf

Falkenberg OS, 21. Januar. Eine bürgerliche Meldung besagt: „In Friedland kam es bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zu Zwischenfällen. Einige Erwerbslose schlugen die Fenster der Nebenstelle des Arbeitsamtes ein und bedrohten die Angestellten. Die Auszahlung der Unterstützungen mußte eine Zeitlang unterbrochen werden, bis wieder Ruhe eingetreten war.“

Ob diese „Zwischenfälle“ so geschehen, wie hier dargestellt, läßt sich natürlich bezweifeln.

Frankenstein, 21. Januar. „Nachdem am Freitag voriger Woche in Silberberg Erwerbslose die Annahme der Wohlfahrtsunterstützung abgelehnt hatten, weil ihre Forderung auf Erhöhung nicht erfüllt worden war, beschlossen sie im Laufe dieser Woche einen Schul- und Steuerstreik zu proklamieren. Tatsächlich ist auch gestern und heute ein Teil der Kinder der Schule ferngeblieben. Die Aufforderung zum Steuerstreik wurde von den Gewerbetreibenden abgelehnt.“

### Zwei Kumpels verschüttet und gerettet

Beuthen O.-S., 22. Januar. Auf der zweiten Sohle der Gräfin-Johanna-Schächanlage bei Bobreck ereignete sich Sonnabendabend ein Gebirgsschlag. Drei Bergleute wurden verschüttet. Die Rettungsarbeiten sind im Gange. Man hofft, die Verschütteten lebend bergen zu können.

Breslau, 22. Januar. Zu dem Grubenunfall auf der Gräfin-Johanna-Schächanlage bei Bobreck teilt das Oberbergamt Breslau mit: Auf der Gräfin-Johanna-Schächanlage bei Beuthen O.-S. sind Sonntagabend bei einem Gebirgsschlag im Hemitz-Floz sechs Mann verschüttet worden. Die

### Frauen-Feierstunde

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr im Proleten. § 218 Sexualtonfilm: „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“.

Leute waren in einem Bremsberge mit Instandsetzungsarbeiten beschäftigt. Drei von den Verschütteten konnten sich alsbald selbst befreien. Die übrigen drei sind noch in der Nacht zum Sonntag durch Rettungsleute lebend geborgen worden. Keiner von den sechs Leuten ist erheblich verletzt.

### Raubmord

Oppeln, 20. Januar. Als am Freitagmorgen die 75 jährige Rentnerin Anna Zczajka nicht wie sonst ihre Milch hereinholte und auch auf Klopfen der Nachbarschaft nichts von sich hören ließ, benachrichtigte man die Kriminalpolizei. Diese fand die Rentnerin angekleidet tot im Bett vor. Der Augenschein ergab, daß um ihren Hals eine tiefe, anscheinend von einem dünnen Strick hervorgerufene Strangulationsfurche führte.

Verschiedene Behältnisse des Zimmers waren durchwühlt; es konnte aber vorläufig nicht festgestellt werden, wieviel und was dem Täter in die Hände gefallen ist. Die Ermittlungen der Oppelner Mordkommission haben ergeben, daß die Witwe das letzte Mal von ihren Nachbarn am Donnerstag mittag gesehen wurde. Eine Stunde später soll sich ein jüngerer Mann bei einer Nachbarin nach der Wohnung der Rentnerin erkundigt und nach Erhalt der Auskunft wieder entfernt haben. Etwa 15 Minuten später erschien ein zweiter Mann und fragte ebenfalls nach der Frau Zczajka, um dann die Treppe zu der im ersten Stock gelegenen Wohnung der Witwe hinaufzusteigen. Nach etwa 20 Minuten kam er wieder herunter und entfernte sich, vermutlich auf einem Rade. Dieser Mann, der offenbar als Täter in Frage kommt, wird als im Alter von 40-45 Jahren stehend, etwa 1,80 Meter groß, schlank, gebräuntes Gesicht, beschrieben.

## Unglaubliche Duldsamkeit der Polizei, gegenüber dem Nazi-Pöbel — Polizeihauptmann v. Siegroth wird mit Fußtritten traktiert, läßt aber trotzdem nicht durchgreifen

Am Sonntag führte die NSDAP ihre Herden demonstrierend und provozierend durch die Straßenzüge der Arbeiterviertel. Singend, grölend und nach „Taten“ lechzend bewegten sich die Nazimilange die Friedrich-Wilhelm-Straße entlang, die Arbeiterschaft herausfordernd. Die Polizei, unter deren Schutze die Demonstration stand, hatte Mühe, den Tatenlust der „Heldengänge“ zu zügeln. Dieselbe Polizei, die sonst ihre schändlichsten Affären treibt, die ihre Gummiknüppel mit voller Wucht auf die Demonstranten niedersausen läßt (selbst Frauen nicht verschont), wenn es sich um Angehörige von Arbeiterpartei oder um hungrige Arbeitslose handelt, läßt gestern bei der Nazidemonstration eine beispiellose Zurückhaltung.

Selbst Luftkuffel verbotenen die Polizei nicht zum Durchgreifen zu bewegen.

Heinrich Polizeihauptmann v. Siegroth, der von einem Nazidemostrianten einen auf seinem Mantel sichtbare Spure zurücklassenden Fußtritt erhielt, nahm diesen mit ruhiger Gelassenheit und unglaublicher Duldsamkeit hin.

Wahrlich ein Vorbild der Ruhe und Besonnenheit. Ja, ja! Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Wir fordern, daß die Organe der Polizei bei künftigen Demonstrationen der Arbeiter und hungernden Arbeitslosen dieselbe Ruhe und Besonnenheit wahr, denn vor dem Gesetz sind doch alle Bürger gleich.

Zur Ehre der Arbeiterschaft des Westends sei noch festgestellt. Nachdem sich der Zug der NSBO aufgelöst hatte, zogen die Trupps geschlossen in die einzelnen Stadtteile. Der Trupp, der nach dem Arbeiterviertel Westend zurückkehrte, war ein erbauungsvolles von zwei Ueberfallwagen begleitetes Bäckerdufenzug.

„Immer noch ihr Nazis: „Der Westen bleibt trotz allem Nazi-Tandem marxistisch und rot!“

Auch in den übrigen Stadtteilen hatten die Nazis es auf eine systematische Provokation der Arbeiterschaft abgesehen. Dabei kam es zu kleineren Zusammenstößen, die alle ausnahmslos auf das Schuldkonto der braunen Herden zu buchen sind. Der unheilvolle Bericht lautet allerdings anders:

„Bei einem Umzug der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation am Sonntag vormittag kam es zu kleineren Zusammenstößen zwischen Teilnehmern bzw. Mitfahrern des Zuges und Kommunisten. Vier Nationalsozialisten wurden leicht verletzt; sie konnten, nachdem ihnen im August-Hospital Notverbande angelegt worden waren, wieder entlassen werden. Zwei Personen wurden vorläufig festgenommen.“

Was wir von solchen Berichten zu halten haben, hat uns in die Erfahrung zur Genüge gelehrt.

## Unmarxistisch und scheinradikal

### Protestversammlung des DFV

Nicht aus eigener Initiative, sondern unter dem Druck der Opposition der revolutionären Mitgliedschaft hat sich die Ortsleitung des Deutschen Freidenkerverbandes endlich zu einem offenen Schritt gegen die Kulturreaktion begreifen müssen. Aber die Arbeitsunwilligkeit der Leitenden zeigte sich in der ungenügenden Vorbereitung der Versammlung gegen Kulturreaktion und Verbotstendenzen, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus stattfand.

Einleitend sprach Genosse Dr. Kramer, er zeigte die geschichtliche Entwicklung des Volksbundes für Geisteshelheit und untersuchte die Stellung der Nationalsozialisten zur Kirche. Genosse Pietsch vom Breslauer Freidenkerverband sprach zu gegenwärtigen Kulturreaktion. Er versuchte den höchsten Gipfel des „Radikalismus“ zu erklimmen, indem er erklärte, es würde Zeit, daß man in Deutschland beginne, „spanisch“ zu sprechen. Dann kam bezeichnenderweise der sozialdemokratische Parteisekretär Kukielczynski zu Wort. Er versuchte, die Freidenker die Haltung der Sozialdemokratischen Partei bei den evangelischen Kirchenwahlen, ihre unmarxistische Stellung zu den religiösen Sozialisten vergessen zu machen über scheinradikalen Versammlungsphrasen. Aber es muß schon hier darüber hinaus gesagt werden, daß dem Deutschen Freidenkerverband als einer überparteilichen Organisation der gesamten Klasse in keiner Weise damit gedient ist, wenn seine Versammlungen zum Tummelplatz sozialdemokratischer Parteiredner gemacht werden. Denn während der Ortssekretär der SPD als Redner vorgesehen war, konnte die Freidenkerjugend lediglich in der Diskussion zu Worte kommen. Der Vertreter der Jugendorganisation im Freidenkerverband sprach auch tatsächlich eine andere Sprache als

Pietsch und Kukielczynski. Er ging auf die Gefahren, die der arbeitenden Jugend drohen, Arbeitsdienst und Wehrpflicht, ein. Er wandte sich mit vollem Recht dagegen, daß man in Deutschland nur „spanisch“ reden müsse. Er fragte, warum man nicht russisch handeln wolle.

Das einzige Ergebnis dieser Protestversammlung, die erschreckend wenig Proletarier erlief hat, ist eine langatmige Resolution gegen die Kulturreaktion.

### Kapitalistischer Widersinn

Mit erheblicher Plötzlichkeit wurde die pädagogische Akademie in Breslau aus „Sparmaßregelngründen“ geschlossen. Seitdem sind einige Monate vergangen. In dieser Zeit hat sich mit größter Deutlichkeit gezeigt, daß die für die Volksschulen vorhandenen Lehrkräfte gar nicht ausreichen, sofern ein technisch wie inhaltlich hinreichender Unterricht gewährleistet werden soll. So sahen sich in diesen Tagen evangelische Kreise, der Evangelische Presseverband für Schlesien, genötigt, zum Ausdruck zu bringen, daß die Wiedereröffnung der Pädagogischen Akademie Breslau zu Ostern 1933 ein unbedingtes Erfordernis sei.

Trotz der ständigen Sparmaßnahmen auf dem Gebiet des Volksschulwesens, trotz des ständigen Abbaus von Lehrkräften, trotz der Vergrößerung der Klassenfrequenz sowie der Herabsetzung der Stundenzahl ist von einem Ueberangebot an Volksschullehrkräften noch nicht die Rede. Das zuständige Ministerium hat wieder einmal gezeigt, daß es ihm an jeder Uebersicht über die Gesamtlage des Volksschulwesens fehlt. Die ganze Kopflösigkeit der bürgerlichen Bankrotteure hat sich in der Frage der pädagogischen Akademien erwiesen.

### Schneeverwehungen in der Grafschaft Glatz

Habelschwerdt, 21. Januar. Wie die Reichspost mitteilt, mußte der Kraftpostverkehr auf der Strecke Habelschwerdt-Wolfelsgrund vorübergehend wegen Schneeverwehungen eingestellt werden. Den Reisenden nach Wolfelsgrund wird empfohlen, in Habelschwerdt-Station auszustiegen, da auf der Strecke Habelschwerdt-Wolfelsgrund Beförderungsgelegenheit mit der Kraftpost von und zu jedem Zuge geschaffen ist.



Lothetheater: „Zu wahr um schön zu sein“

Komödie in 3 Akten von Bernhard Shaw

Das verzerrte, hysterische Mädchen, das aus Angst vor dem Diebstahl seiner Perle schmuck seine eingebildete Krankheit vergibt und, die hässliche Enge liehend, einem Einbrecher und dessen Komplizin in die Scheinfreiheit eines afrikanischen Traumlandes folgt, ist nur die äußere Handlung der neuen Shaw'schen Komödie. Denn im Grunde geht es hier um anderes. Es ist das wohlgezogene Kind, das sich gegen sein bürgerliches Leben, das heimliche und höchste Innere des Menschen, das sich gegen den Druck einer leer und sinnlos gewordenen gesellschaftlichen Tradition erhebt. Mit dem Instinkt einer guten Hausfrau möchte Shaw's „Patientin“ die schmutzige bürgerliche Welt rein machen und rein halten. Sie erkennt das „Unglück des Reiches“ (womit Shaw seinen utopischen Sozialismus neuerlich bezeugt), seine Anständigkeit als zunehmenden Snobismus, seine Religion als gefährliche Selbstsucht. Sie sieht die ganze Welt als das genaue Gegenteil von dem, was man ihr eingelehrt hat. Dabei fallen spöttische Worte aus dem Munde des Dichters, geistreiche und geistreichende Aphorismen über die Hohlheiten von Kultur und Zivilisation, Kirche, Moral, Justiz, Militarismus. Die Handlung erstreckt im Dialog.

Für Shaw ist das neue Stück deswegen bemerkenswert, weil es ein charakteristisches Bild von der Persönlichkeit des Dichters gibt. Utopischer Sozialist durch und durch, der den „Reichen“, wie die sozialistischen Lyriker des Vormärz, ihr „Unglück“ zu zeigen und an die Vernunft, die Einsicht der herrschenden Klasse zu appellieren sucht, ist dieser Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft, dieser Entlarver

### „Rotes Kabarett“

des Stadtteils Süd-West in der Wartburg, Gräbschener Straße, am Sonntag, dem 29. Januar, nachmittags 16 Uhr. Es läuft ein Russenfilm. Rezitationen, Sprechchöre, Songs, Lieder, Darbietungen der Freien Turnerschaft. Eintrittspreis: Erwerbslose 15 Pfennige, Verdienende 25 Pfennige.

ihre inneren Widersprüche, ihrer heuchlerischen Moral, ihrer indischen Begriffe selbst in den Schmelztiegel der Umwertung aller Werte hineingeraten. Wir können in diesem Zusammenhang sein vorjähriges Bekannnis zu den aufbauwilligen Kräften auf dem sowjetrussischen Kontinent erwähnen. Shaw sucht den Weg in ein neues Leben. Aber ein Sucher zwischen zwei Welten, der, von der alten Welt abgestoßen, der werdenden zu schwach verhaftet ist, bleibt er, zwischen zwei Fronten stehend, ein Prediger in der Wüste. Die herrschende Klasse, an die sein Wort gerichtet ist, will ihn nicht hören. Die Arbeiterklasse braucht entschlossene, von dem Zeretzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft unberührte Charaktere. Denn wenn man den Iren den Hang zur Träumerei, zum tatenlosen Phantasieren nachsagt, so hat Shaw viel davon. Seine entwürzelnde Kritik faßt nirgends Wurzel. Sein geistreiches Sinnen unterbindet die Tat. Sein ätzender Spott hebt alles auf. Sein Ernst wird zum Spiel, seine Ironie Romantik. Dies trennt uns von Shaw und von seiner Dichtung.

Der Aufführung stand der undramatische Charakter der Shaw'schen Komödie von vornherein im Wege. Immerhin gelang es dem lebhaften Farbton der Wilton'schen Bühnenbilder und der beweglichen Regie Martin Magners, diese Schwierigkeit zu überwinden. Den Eindruck des letzten Mono-

### Achtung! SJV

Heute Delegierten-Konferenz der AG im Heim, Mehlgasse. Monatsprogramme der Heime müssen bis 25. des Monats im Büro sein.

logs hätte eine sinnvolle Streichung nachhaltiger machen können. Ruth Abu spielte die nervöse Reizbarkeit der hysterischen Patientin, Maja Seering die mit allen Vorurteilen der guten Gesellschaft belastete „Dame“, Helene Dietrich die kerngesunde, sinnlich etwas unersättliche Krankenschwester. Hans Frank der ungeratene Sohn, Einbrecher und ewige Moralist, Hermann Menschel, eine Art intellektuellen Schweyk und Manfred Inger, der leibhaftige Bazillus der Patientin, bewältigten den Shaw'schen Dialog mit ihrem bewährten Können. Rudolf Klüg, die Hände ewig in den Hosentaschen, zeigte sich weder als Gentleman noch als Offizier. In den Nebenrollen sind Paul Klüger, Paul Demel und Dr. Anton Schmeizgenreich zu nennen. E. K.



Billigkeitsrekorde für hochwertige Qualitätsware — das ist das Kennzeichen des diesjährigen Inventurverkaufes bei

**Petersdorff**  
Breslau, Omlauer Str. / Schuhbrücke  
Beginn: Dienstag, 24. Januar

# Immer näher dem Bankrott!

Der vom Städtischen Nachrichtenamt veröffentlichte Finanzbericht der Stadt Berlin für den Monat Dezember 1932 zeigt, daß die Finanzkatastrophe immer drohendere Formen annimmt. Das Defizit für die bisherigen drei Viertel des Haushaltsjahres ist

im Dezember um 13.568.225 RM gewachsen. Dadurch ist der Gesamtsaldo seit dem 1. April 1930 entstanden bislibetrag auf 1.391,3 Millionen RM angewachsen. Er ist um volle 1,7 Millionen höher als am 30. September 1932. Die sich wachsende, das heißt kurzfristige Verschuldung der Klümmerei gegenüber Dritten beträgt:

240,82 Millionen RM.

Dazu kommt noch die kurzfristige Verschuldung der Berliner Verkehrsgesellschaft in Höhe von 132,11 Millionen RM.

Diese Zahlen zeigen, daß die Lage der Stadt immer bedrohlicher wird. Dabei zeigt die Entwicklung der Steuereinnahmen, daß die nächsten Monate nicht etwa leichter, sondern schwerer sein werden.

Im Haushaltsplan für 1932/33 ist eine Gesamtsteuereinnahme von 412 Mill. RM veranschlagt worden. Nach dem bisherigen Ergebnis wird aber nur eine Einnahme von etwa 365 Millionen erzielt werden. Die tatsächliche Einnahme wird also um rund 50 Millionen RM hinter dem veranschlagten Ergebnis zurückbleiben. Selbst wenn in den nächsten Monaten sich die Steuereinnahmen etwas günstiger gestalten sollten, wird der

Mindest-Fehlbetrag bei den Steuereinnahmen 35-40 Millionen RM betragen.

Eine Entwicklung, die von dem Haushaltsvoranschlag entscheidend abweicht, zeigt auch die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen. Während eine Zahl von 300.000 Erwerbslosen als Durchschnittsziffer für das ganze Haushaltsjahr von April 1932 bis März 1933 angenommen wurde, ist diese Zahl bereits im Juli 1932 überschritten worden. Am 31. Dezember über betrug sie bereits 339.136.

Magistrat und Oberbürgermeister machen verzweifelnde Anstrengungen, um die drohende Katastrophe abzuwenden. Sie flehen die Reichs- und Staatsbehörden ergreifend um Hilfe an. Der Oberbürgermeister Sahm hat eine Eingabe an den Preussischen Landtag gerichtet, in der er eine Aenderung des preussischen Finanzausgleichs fordert. Diese Eingabe zeigt, wie sehr die Katastrophe Berlins

**Achtung!**  
Lenin - Liebknecht - Luxemburg - Kundgebung!  
Am Mittwoch, den 25. Januar, abends 19:15 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße 15.  
Ansprache: Paul Frölich - Musik - Rezitation: Erich Weinert - Rote Raketen.  
Karten vom Sonntag behalten Gültigkeit.  
Eintritt 50 Pfg. - Erwerbslose 30 Pfg.

durch die Maßnahmen des preussischen Staates herbeigeführt worden ist.

In dieser Eingabe stellt der Oberbürgermeister Sahm fest, daß die Stadt Berlin zugunsten des zwischengemeindlichen Finanzausgleichs durch die sogenannte „relative Garantie“, durch die Polizei- und Schullastenausgleich nicht weniger als 200,5 Millionen RM in den Rechnungsjahren 1924 bis 1930, 32,9 Millionen 1931, 21,3 Millionen 1932, also 254,7 Millionen RM insgesamt entzogen worden sind.

Während Berlin bei einer Verteilung des Gemeindeanteils an den Einkommen- und Körperschaftssteuern im Jahre 1931 88,2 Millionen RM erhalten hätte, erhielt es infolge der „relativen“ Garantie des Polizei- und Schullastenausgleichs nur 53,3 Millionen, also 38,1 Prozent weniger. 1932 erhielt Berlin statt 37,1 nur 15,7 Millionen RM, also 57,6 Prozent weniger.

Bei der Kraftfahrzeugsteuer erhielt Berlin im Jahre 1930 von den in Berlin aufgefundenen 23,1 Millionen RM ganze 3,2 Millionen, gleich 3,2 Prozent, und 1931 von 21,3 Millionen ganze 2,9, gleich 13,61 Prozent. Dabei hat Berlin durch die Entziehung des Rechts zur Erhebung eigener Wegebeiträge eine jährliche Einnahme von rund 5 Millionen RM verloren.

Ebenso wird Berlin auch bei der Zuteilung des Gemeindeanteils an der Hauszinssteuer-Aufkommen benachteiligt. Von dem für allgemeine Finanzzwecke zu verwendenden Teil der Hauszinssteuer erhielt Berlin nach dem Verhältnis des örtlichen Aufkommens:

1930 von 156,1 Millionen RM	15,6	10,0	Proz.
1931 von 127,9 Millionen RM	12,8	10,0	Proz.
1932 von 180,0 Millionen RM	11,5	6,4	Proz.

Im staatlichen Verteilungsverfahren erhielt Berlin

1930 von 156,1 Millionen RM	14,1	9,0	Proz.
1931 von 127,9 Millionen RM	11,6	9,0	Proz.
1932 von 180,0 Millionen RM	6,4	2,1	Proz.

Der Anteil Berlins ist also von Jahr zu Jahr gesunken.

Der Gemeindeanteil an der Hauszinssteuer ist bekanntlich zur Deckung der Wohlfahrtslasten bestimmt. Diesen Zweck hat er schon bisher nur in ganz geringem Umfange erfüllt. Durch die am 1. April 1932 eingetretene Ausdehnung der Bondswirtschaft ist aber diese

Deckung auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft. In Berlin z. B. haben bzw. werden in den Rechnungsjahren

	1930	1931	1932
(Zahlen in Mill. RM)			
die Kosten der allgemeinen Wohlfahrt sind betragen. Dazu hat bzw. wird die Stadt an Reichs- und Staatszuschüssen erhalten und	231,6	310,1	342,4
	26,3	75,0	
Rest	231,6	289,8	267,1

Die Anteile an der Hauszinssteuer haben aber

	1930	1931	1932
(in Prozent)			
a) nach dem örtlichen Aufkommen nur	6,73	4,41	4,43
b) im staatlich. Verteilungsverfahren nur	6,08	4,00	0,78

davon betragen.

Darüber hinaus ist Berlin auch bei der Verteilung des Anteils an der Umsatzsteuer dadurch benachteiligt worden, daß bei dem Verteilungsschlüssel die Schulkinderszahl mit berücksichtigt wird.

Dabei betrug der Zuschußbedarf für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen pro Kopf in

	Berlin	Städte mit mehr als 200.000	Städte mit 100-200.000
		Einwohnern	Einwohnern
1929	55,46 M	39,95 M	31,51 M
1930	76,07 M	44,14 M	33,83 M

Er ist also in Berlin um 37,16 Prozent, in den Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern um 10,56 Prozent, und in den Städten mit 100-200.000 Einwohnern um 7,36 Prozent gestiegen.

Der Oberbürgermeister Sahm fordert deshalb die Aufhebung der relativen Garantie,

## Nachwort zur Konsumwahl

Die im Berliner Konsum am vergangenen Sonntag durchgeführten Vertreterwahlen hatten folgendes Ergebnis:

SPD: 33.806 Stimmen, 712 Delegierte.  
Opposition: 43.104 Stimmen, 192 Delegierte.

Da von der Opposition in zwanzig Verteilungsstellen keine Listen eingereicht wurden und in fünfzehn Verteilungsstellen die eingereichten Oppositionslisten von der Bürokratie ungültig erklärt wurden, erhielt die SPD von ihren 718 Delegierten 105 ohne Wahl.

Eine Gegenüberstellung des Wahlergebnisses vom 15. Januar 1933 mit den beiden zuletzt stattgefundenen Vertreterwahlen ergibt folgendes Bild:

	Abgegebene Stimmen	Wahlbeteiligung in Prozent	SPD	Proz.
1928	48.288	35	30.916	64
1930	29.559	17	13.427	80
1933	47.168	25,5	33.806	72

  

	Opposition	Proz.	SPD	Proz.	Oppos.	Proz.
1928	17.378	36	429	71	177	29
1930	6.132	20	685	88	92	12
1933	13.104	28	717	70	197	11

Gegenüber der Wahl im Jahre 1930, die allerdings unter dem berüchtigten Dreiklassenwahlrecht stattfand, hat also die Opposition ihren relativen Anteil an den abgegebenen Stimmen und Mandaten erhöht, ohne aber das Ergebnis vom Jahre 1928 erreichen zu können. Die SPD hat ihre Dreiviertelmehrheit der Delegierten in der Generalversammlung behauptet, obgleich die Opposition 28 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

### Unhaltbare Zustände im Arbeitsamt Berlin-Mitte

In welcher Weise die Erwerbslosen durch behördliche Schikane und auch durch die Folgen des dauernden Personalabbaues in den Arbeitsämtern drangsaliert werden, beweist die Beschwerde eines Erwerbslosen, der seine Unterstützung durch die Zahlstelle Seydelstraße des Arbeitsamtes Berlin-Mitte bezieht.

Wenn ein Erwerbsloser nach Unterbrechung seines Unterstützungsbezuges durch Aushilfsarbeit oder Krankheit seine Unterstützung weiter beziehen will, so muß er zum Arbeitsamt nach dem Stralauer Platz, um dort seinen Antrag erneut zu stellen. Wenn er dann acht Tage später nach der Zahlstelle Seydelstraße kommt, dann stellt sich nach stundenlangem Warten (bis 4 1/2 Uhr mittags) heraus, daß in den acht Tagen der Zahlbezugs noch nicht seinen Weg vom Stralauer Platz bis zur Seydelstraße gefunden hat! Der Erwerbslose wird darum nach dem Stralauer Platz geschickt, wo er gerade kurz vor Torerschluß ankommt. Dann heißt es wieder 1 1/2 Stunden warten und dann im Eiletempo zurück zur Seydelstraße. Da ist aber dann fast immer das Geld alle geworden. Darum heißt es dann,

die Erhöhung des „Vorans und ein Kraftfahrzeugsteuer von 1,5 auf 3,5 Prozent, Verteilung eines Drittels statt bisher drei Zwanzigstel des Gemeindeanteils der Hauszinssteuer nach dem Maßstabe des örtlichen Aufkommens, Aenderung der Umsatzsteuer-Verteilungsschlüssel und weitgehende Aufhebung der zentralen Ausgleichsfonds. Die Verwirklichung dieser Forderungen würde zwar die Lage Berlins erleichtern, eine wirkliche Rettung brächten sie nicht. Und von allem werden nicht einmal sie erfüllt werden.

Nur dann wird der systematischen Zugrunderichtung der Gemeinden, die im Interesse des kapitalistischen Lohn- und Unterstützungsraubes liegt, ein Ende bereitet, wenn die werktätigen Massen diese Aufgabe in die eigenen Hände nehmen.

Alle Arbeiterorganisationen müssen gemeinsam die ganze Kraft der Arbeiterklasse einsetzen für ein kommunales Notprogramm im Interesse der Werktätigen, das die Sanierung der Gemeinden auf Kosten der Besitzenden zum Ziel hat. Dessen wichtigste Forderungen wären Moratorium für alle Zins- und Schuldentilgungszahlungen der Gemeinden und Gemeindebetriebe, Erhöhung des Gemeindeanteils an den zu erhöhenden und stark progressiv zu stufenden Besitzsteuern derart, daß die Gemeinden in die Lage versetzt werden, ausreichende Unterstützungen zu zahlen und die sozialen Einrichtungen auszubauen, Erhebung von Luxussteuern, das Recht zur Erhebung von Gemeindezuschlägen bei Steuern auf Einkommen über 8000 Mark jährlich und Vermögen über 50.000 Mark, Streichung aller Ausgaben für Repräsentation, bürgerliche Organisationen, Kirche und staatlichen Unterdrückungsapparat, Herabsetzung aller Gehälter und Pensionen auf höchstens 500 Mark monatlich.

Dieses Wahlergebnis ist alles andere als befriedigend. Die Reformisten haben jetzt die Dreiviertel-Mehrheit erreicht

und können ihre Pläne auf Statutenverschlechterung durchsetzen. Dieses Wahlergebnis beweist, wie verhängnisvoll sich die ultralinke Politik der KPD in den Massenorganisationen auswirkt. Trotz der großen Wählerzahlen der KPD in Berlin, obwohl sich an den Oppositionslisten auch die SAP und andere oppositionelle Gruppen beteiligten, ist es der Opposition nicht gelungen, auch nur annähernd die Zahlen von 1928 wieder zu erreichen, obwohl die Wahlbeteiligung nur um 1000 geringer war. Dabei hat die KPD in der Zeit seit 1928 bei den Reichstagswahlen über 250.000 Stimmen gewonnen.

Die Art, wie die KPD in der Genossenschaftsbewegung auftritt - man denke vor allem an Mitteldeutschland - hat den oppositionellen Gedanken diskreditiert. Auf der anderen Seite hat die ultralinke Einstellung zahllose Anhänger der KPD zum Austritt aus der Konsumgenossenschaft veranlaßt. Das wichtigste aber war daß eine systematische und zielbewusste Oppositionsarbeit nicht geleistet wurde. Auch jetzt waren die KPD-Funktionäre vielfach bestrebt, die aussichtsreichen Stellen der Oppositionslisten nur von hundertprozentigen laienreinen KPD-Anhängern besetzen zu lassen. Trotzdem wurden einige SAP-Genossen gewählt.

Es wird Aufgabe unserer Genossen sein, durch ihre sachliche und zielbewusste Arbeit für Revolutionierung der Genossenschaft dazu beizutragen, daß die Scharte ausgewetzt und der Genossenschaftsretroismus geschlagen wird.

am nächsten Tage wiederkommen und abermals stundenlang warten.

So werden die Erwerbslosen drangsaliert. Die Schuld trägt gewiß nicht die überlasteten Arbeitsamtsangestellten, sondern die falsche Sparpolitik der Bürokratie, durch die ständig Personal abgebaut wird. Darum sollten sich Arbeitslose und Arbeitsamtsangestellte gemeinsam gegen dieses System zur Wehr setzen.

### Gegen japanischen Raubkrieg Karin Michaelis spricht in Berlin

Die bekannte dänische Schriftstellerin Karin Michaelis spricht am Dienstag, den 24. Januar, 20 Uhr, in einer vom Deutschen Komitee für China gegen den japanischen Raubkrieg veranstalteten Kundgebung in den Johann-Georg-Sälen, Halensee, Johann-Georg-Str. 15, über das Thema: „Brandstifter am Werk! Der Krieg in China und wir. In der gleichen Kundgebung sprechen: Dr. Felix Boehm, Dr. Robert Kuczynski, Walter Karsen (Redaktion der „Weltbühne“), Dr. Kurt Rosenfeld (SAP), Hugo Graf, M. d. R. (Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit), Elsa Paulsen (Internationale Frauengruppe für Frieden und Freiheit), Harv. u. Herzhcke (gemäßregelter BVG-Angestellter), Franz Leschnitzer (IAH). Unkostenbeitrag 30 Pfg., für Erwerbslose 10 Pfg.

### Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg

Am Sonnabend, den 28., und Sonntag, den 29. Januar, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße 15, der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg der SAP statt. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Die politische Lage und die Aufgaben des Reichsparteitages. Referent Genosse Klaus Zweiling. Korreferent ein Vertreter der Mehrheit des PV.
2. Bericht der Bezirksleitung.
3. Wahlen
  - a) der Bezirksleitung,
  - b) Aufstellung des Wahlvorschlages der Delegierten zum Reichsparteitag.
4. Beschlußfassung über das Organisationsstatut.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

**Tageszeit:**  
Sonnabend ab 18 1/2 Uhr abends,  
Sonntag ab 9 1/2 Uhr vormittags.

Partei- und Jugendgenossen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auf dem Laufenden sind, können als Gäste teilnehmen.

**Teilnehmergebühr für Gastkarten:**  
Für in Arbeit Stehende . . . 20 Pfg.,  
Für Erwerbslose . . . . . 10 Pfg.

Gastkarten werden im Tagungslokal ausgegeben und können auch im Sekretariat angefordert werden.



### Bezirk Berlin-Brandenburg

**Dienstag, den 24. Januar:**  
Ortsgruppe Tiergarten: 20 Uhr Vorstandssitzung bei Wollstein.

**Freitag, den 27. Januar:**  
Achtung! Funktionärskurskurse um 20 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a

Achtung! Ortsgruppen Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Pankow/Mitte: Sonntag den 3. Februar um 18 Uhr freizeithen zum Buntten Abend des SSB in den Unions-Festsälen, Greifswalder Straße. Karten zu haben bei allen Funktionären des SSB.

### SJV Bezirk Groß-Berlin

**Sekretariat, Magazinstr. 12a**  
**Mitteilungen der Bezirksleitung**  
Groß-Berliner Obsteuerskonferenz: Donnerstag, 26. 1., 20 Uhr, Voreils Festsäle, Brückenstr. 1.  
Achtung! Werbeblatte: Am 3. 2., 20 Uhr, wichtige Sitzung. Thema: „Unsere Frühjahrswerbung“. Kassiererversammlung am 6. 3., 19.30 Uhr, im Sekretariat.

**Gruppenveranstaltungen**  
**Dienstag, 20 Uhr:**  
Wörther Platz, Christburger Straße 7: Diktatur des Proletariats  
Paul Levi, Gleimstraße 35: Liederabend Mittel-Süd, Magazinstr. 12a: Travensend Tempelhof/Mariendorf, Dorstr. 7: Marx - Engels  
Südring, Mantuffelstraße 6.  
Schöneberg, Hauptstraße 15  
Wilmerdorf, Wilhelmstraße 123.  
Reinickendorf, Rosenthaler Straße 15.  
Charlottenburg, Sportplatz: Westend.

**Donnerstag, 20 Uhr:**  
Weißensee, Pistoriusstraße 24: Jugend und Sexualität.  
Mittel-Nord, Ehsabethkirchstraße 19: Geschichte der SPD.  
Süd-West, Yorkstraße 11: Heimabend.  
Neukölln, Zietenstraße 58: 10 Minuten-Reformate.  
Moabit, Lehrter Straße 18/19: Freikörperkultur.  
Aktionsbezirk Nord-Ost: Bunter Abend mit SSB. SAP am Sonntag, 5. Februar, um 18 Uhr in den Unions-Festsälen, Greifswalder Straße, Rote Raketen - Tanz. Eintritt 30 und 60 Pfg

### Löbau i. Sa.

### Konsumverein Vorwärts, Löbau

Vom 19. Januar bis 1. Februar 1933:

### Saison-Schlußverkauf

von **-Textilwaren u. Schuhen**  
sämtliche Wintersachen  
**Doppelte Rückvergütung**

- Außerdem empfehlen wir zur sehr billigen Preis:
- Wischtücher, 45/45 . . . . . von 12 Pfg. an
  - Handentuch . . . . . 26 "
  - Handtücher . . . . . 38 "
  - Handtuch mit . . . . . 58 "
  - Einzelhandtücher . . . . . 33 "
  - Linon . . . . . 82 "
  - Wäsche . . . . . 20 "
  - Wachstuch, 100 cm breit . . . . . 128 "
  - Betttücher, gerahmt . . . . . 195 "

**Arbeitskleidung**

- Herrenzwillinge . . . . . M 2,25
- Herrnhose, aus reif . . . . . 2,85
- Kalckarbockerhose, modern, Dessins . . . . . 3,95
- Herrnhodentmantel . . . . . 18,50
- Blaue Arbeitslunen . . . . . 2,95

Herrnmäntel, Damenmäntel, Kindermäntel zu ermäßigten Preisen. Damenkleider, sehr billig

### Werbt Abonnenten

## Faschistischer Militärstreich Nächtlicher Angriff auf eine Ka- serne in Brünn — Ein Toter, vier Verwundete

Prag, 22. Januar.

W. I. B. Vor der Kaserne des In der Brünn Vorstadt Cidenize stationierten Infanterieregiments 43 hatten sich gegen 1 Uhr morgens etwa 50 junge Leute aus der Umgebung Brünns angesammelt, die in die Kaserne einzudringen versuchten. Zwischen dem Militär und den Angreifern kam es zu einer Schießerei, bei der einer der Demonstranten getötet und mehrere andere verwundet wurden. Ueber den Vorgang erfährt das tschechoslowakische Pressebüro von maßgebender Seite:

Ein Oberleutnant der Reserve namens Kobzinek aus Königsfeld, der in Brünn durch sein exaltiertes und abenteuerliches Auftreten bekannt ist, trat in den letzten Tagen mit einigen faschistisch gesinnten Personen aus der Umgebung von Brünn in Verbindung. Durch die Vorspiegelung, es handle sich um den Schutz einer faschistischen Versammlung, gelang es ihm, etwa 50 Personen zur Abfahrt in zwei Autobussen nach Brünn zu bewegen. Heute gegen 12.30 Uhr morgens überredete Kobzinek in einer Schlucht vor Brünn die Teilnehmer an dieser Expedition zu einem Angriff auf die Kaserne des Infanterieregiments Nr. 43. Einige Teilnehmer dieses Unternehmens erkletterten die Hintermauer der Kaserne und es gelang ihnen, durch List die Wache am Haustor zu entwaffnen. Auf ein Alarmzeichen trat den Abenteurern Militär und Polizei entgegen. Nach kurzem Geplänkel wurden die Angreifer unschädlich gemacht. Alle, die in die Kaserne eingedrungen waren, wurden verhaftet, die übrigen ergriffen nach den ersten Schüssen die Flucht. Während des Geplänkels wurde ein Anstreicher in den Kopf getroffen und verschied auf dem Transport ins Krankenhaus. Ferner wurden zwei Arbeitslose verwundet; einer erhielt einen Schuß ins Bein, das ihm amputiert werden mußte. Auf Seiten des Militärs gab es einen Schwere- und einen Leichtverwundeten.

Prag, 22. Januar.

W. I. B. Im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf die Infanteriekaserne in Brünn hat die Polizeidirektion in Prag Haus-suchungen bei führenden Mitgliedern der faschistischen Bewegung, und zwar bei 70 Personen, u. a. auch bei dem Führer der tschechischen Faschisten, Rudolf Gajda, vorgenommen. Es wurde reichliches Material gefunden, das geprüft wird. Die Unter-suchung wird fortgesetzt. Außerdem wurden bei zahlreichen Personen in der Umgebung von Brünn, die der Teilnahme an dem Ueberfall verdächtig sind, ebenfalls Haus-suchungen vorgenommen. Der 30 Jahre alte Reserveoberleutnant Kobzinek konnte bisher nicht verhaftet werden. Er, sowie einer der Haupt-mittäter, sind flüchtig und werden steck-brieflich verfolgt.

## Gajda verhaftet

Prag, 23. Januar.

W. I. B. In Sastin in der Slowakei wurde in der Nacht zum Montag der ehemalige General der tschechoslowakischen Wehrmacht, Rudolf Gajda, der Führer der tschechoslowakischen Faschistenbewegung, im Zusammenhang mit dem gestrigen Brünn-Putschversuch verhaftet. Es liegt der begründete Verdacht vor, daß Gajda von dem Plane des Rädelführers von Brünn, des Oberleutnants der Reserve Wladislaus Kobzinek, gewußt hat.

## Aus aller Welt

### Wahnsinn des bürgerlichen Sports Ein Todesopfer

Rotterdam, 22. Januar.

Ein junger Mann, der gestern nachmittag von der 72 Meter hohen Spitze des Turmes

einer Eisenbahnbrücke in das Wasser des Königshafens sprang, um die vor einer Woche glücklich vollbrachte gleichartige Leistung eines anderen jungen Mannes zu überbieten, billigte seine Tollkühnheit mit dem Tode. Nach dem Absprung verlor er das Gleichgewicht, der Körper überschlug sich mehrere Male, prallte mit großer Gewalt auf der Wasserfläche auf und verschwand vor den Augen der entsetzten Zuschauermenge im Wasser.

### Bilder vom Berliner Polizei-Terror



Das Hauptergument des Bürgertums. Panzerwagen der Schupo am Bülowplatz.



Die „Hütel“ der „Ordnung“ gehen in Schwarmlinie über den Bülowplatz vor.

ohne wieder aufzutanken. Nach langer Zeit konnte der Leichnam des Unglücklichen, der u. a. einen Schädelbruch aufwies, geborgen werden. Trotz des tragischen Ausgangs dieses abenteuerlichen Sprunges versuchte heute ein anderer Mann den Sprung auszuführen, um eine Wette zu gewinnen. Er wurde aber von der Polizei an seinem Vorhaben gehindert und vom Turm herabgeholt.

### Sechs Personen verbrannt

Granada, 21. Januar.

In einer Drogerie brach hier ein Brand aus, der bald auf andere Gebäude übergriff und bedeutenden Schaden anrichtete. Die Familie des Drogeristen, insgesamt sechs Personen, kam in den Flammen um.

### Schwere Wasserrohrbrüche in Charlottenburg

Berlin, 22. Januar.

In Charlottenburg ereigneten sich heute früh mehrere schwere Wasserrohrbrüche. Das Wasser riß die Straßendecke auf und überschwemmte einen Teil der Berliner Straße und der anliegenden Straßen derart, daß jeglicher Verkehr unmöglich wurde. Die Straßenbahn- und Autobuslinien mußten umgeleitet werden. Die Stromzuführung wurde durch Zerschneiden der Oberleitung unterbrochen. Der Druck und die Stärke des herausströmenden Wassers ließen erst nach, als das Hauptrohr abgestellt werden konnte.

### Grippe-Epidemie auch in Frankreich

Paris, 22. Januar.

Begünstigt durch die seit einigen Tagen herrschende Kälte hat die in England grassierende Grippeepidemie jetzt auch auf Frankreich übergelassen. Im Norddepartement fehlen in den Ämtern und Büros nicht weniger als 60 Prozent des Personals. In Nancy wurden die höheren Schulen vorläufig für eine Woche geschlossen.

### Aus „deutschen“ Romanen

„Frau Kastrups Tochter“, ein nationaler Roman von Rolf von Brandstedt: „Da zuckte er zusammen, richtete sich hoch und sah ihr fest in die Augen. „Wer dankt es mir?“ schrie er auf, schloß ihr den Mund mit seinen Lippen, knobelte sie mit seinen Armen. Süß und leise sank ihr der Kuß durch die Brust.“

Im Buche „Wildbad als Kurort“ von Dr. Paul Schöber: „Ununterbrochen und seiner natürlichen Reize nicht beraubt, wußt sich das Thermalwasser vom warmen Busen der Erde weg in die weit geöffneten Arme der Baderzellen.“

Aus dem Roman „Das Rätsel“ von Else Rema: „Ihre brennend roten Augen krümmten sich in Hohn.“

Aus dem Feuilleton der „Neuen Freien Presse“: „Die Bildnisse des Oskar Wilde“ von Emil Kläger: „Nach verbüßter Strafe verläßt der Dichter England und begibt sich nach Paris. Das Zuchthaus schwimmt lautlos hinter ihm her.“

Aus dem Roman „Eine Insel mitten im Meer“ von Alice Gruner: „Christian Roolege bogte sich über den Bootsrand und spuckte mit dem Tabaksspeichel zugleich ein aufsteigendes Lachen aus.“ „Aber sie hatte nicht geweint, sie erbrach nur das Wasser, das sie schluckte, und dann lachte sie ihn mit kloppenden Zähnen an.“



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by

67) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Ein Arbeiter, der vor einem Pult stand, hob die Hand, grüne Funken spritzten, der ganze Saal schien plötzlich in die Höhe gerissen zu werden und leuchtete in blendenden Sonnenstrahlen auf.

Die Frauen kreischten auf, stöhnten. Einer der Männer lachte, und ich hatte das Gefühl, als fliege ich in eine glitzernde Ferne.

„Was ist das, Liebes? Ich weiß nicht, was mit mir vorgeht... die ganze Seele ist in Flammen.“

Luscha zitterte, hielt sich wie ein Kind an mir fest, hilflos, erschüttert vom Wunder.

### Hochspannung

Und gerade in diesem erschütternden Augenblick fiel mein Blick auf Guljaka. Er ging mit großen, festen Schritten zu uns, trug einen langen Wintermantel und eine graue Mütze. In seinem Gesicht war Frische und irgendeine kalte, kristallene Durchsichtigkeit. Ich wurde verlegen, und mein Herz zog sich krampfhaft zusammen.

Luscha stülpte, einer Ohnmacht nahe, in der ersten Sekunde auf, flüsterte aber sogleich ruhig, sogar trocken:

„Petjok... Warum kommt er so plötzlich? Wie werde ich ihn empfangen?“

Niemand sah mehr auf die Maschinen. Alle Blicke waren auf Guljaka gerichtet. Die Frauen drängten sich wie Schafe in einen Haufen zusammen und fraßen ihn mit ihren ängstlichen, sinnverwirrend-neugierigen Blicken. Ich wußte, was sie erwarteten; jetzt, sofort, wird Guljaka zu Luscha treten, und... Mein Herz zersprang. Blut überflutete es, stürmisch, bis zum

Schmerz, und jeder Schritt Guljakas ließ es in mächtigen Stößen in den Kopf strömen. Auch ich war überzeugt, daß hier, neben mir, sich etwas Furchtbares abspielen werde, und daß ich bei diesem Ereignis irgendeine aktive Rolle werde spielen müssen.

Auch Wjetrow erblickte Guljaka und brüllte ihm, die Hände zusammenschlagend, etwas entgegen. Wie auf Flügeln flog er die Leiter herunter und umarmte ihn mit Wucht.

„Petjok Freund!! Ja, nun? Der Teufel soll dich holen, du verfluchter Kerl! Endlich kommst du... Schau dich nur um, schau, du Dummkopf!... Schau, bewundere doch das alles!... Eine Kirche! Ein Panzerzug! Was?“

Guljaka lachte, umarmte ihn muskulös und küßte ihn schmatzend.

„Gratuliere, Andjuscha... das nenne ich... das nenne ich Arbeit!“

Er umarmte und küßte ihn wieder.

„Nun, zeig mir doch alles... führ mich herum... ach, du Elender! Hier brennt doch auch ein Tröpfchen meines Blutes!“

„Selbstverständlich, Guljaka. Ja, nun? Ohne dich hätten wir bis heute noch nichts als eine leere Scheune hier... du hast doch... ja, nun? Wir werden's schon regulieren!“

Guljaka zog seine Mütze, lachte und schrie erregt, wie ein Bruder, der die Freude des Wiedersehens fast nicht ertragen kann:

„Guten Tag, Genossen!... Ich bin wieder zu Hause. Ach, ihr Teufelskerl!“

Die ganze Menge strömte zu ihm, preßte ihn zusammen, drückte seine Hände, küßte ihn, schlug ihm auf die Schulter, auf den Rücken und schrie ihm unverständliche Worte zu. Die Frauen standen etwas abseits und glotzten ihn an.

Plötzlich bemerkte er mich und Luscha, und ein innerer fürchterlicher Schlag durchbohrte ihn. Er zuckte zusammen und erstarrte, aber die plötzliche Blässe und der Schmerz in seinem Gesicht und irgendein Hohn in seinen Augen verschwanden ganz plötzlich, als hätte er sie verschluckt. Ich sah sehr genau, wie er die Zähne zusammenpreßte, mi, den Nasenflügel Luft einzog und sie in seiner Brust zerdrückte. Und ganz ruhig, sogar etwas schüchtern, streckte er mit verlegenem Lächeln Luscha die Hand entgegen.

„Guten Tag, Luscho!“

„Guten Tag, Petjok!“

„Ich schrieb dir in der letzten Zeit nicht... Prüfungen. Nun, wie lebst du? Lebst du auch jetzt so abseits?“

„Wie sollte ich denn leben? Ich stehe doch auf eigenen Füßen, Petjok.“

Ich erwartete von Luscha nicht solchen Mut. Sie stand gerade vor ihm und wandte ihre lieben Augen nicht von ihm, aber ihre Finger zitterten, und sie stützte sich auf meine Schulter, als hätte sie Angst vor Erschütterung hinzuhallen und ihre Augen beeinflussten Guljaka mit unwiderstehlicher Kraft. Seine Lider zuckten und das Kinn zitterte.

In seinen Augen schrie für eine Sekunde wieder ein unerträglicher Schmerz auf.

„Nun, Luscha... Freundschaft... wie sie früher war?... Also umarmen wir uns aus alter Liebe!“

„Aber gewiß, Goldährlein. Warum sollten wir uns nicht umarmen?“

Sein Blick bohrte sich qualvoll in sie und ich hörte etwas, das sich halb wie ein Stöhnen, halb wie ein Krächzen anhörte, in dem Augenblick, als er sie küßte.

Die Frauen sahen erstaunt auf diese Begegnung und lachelten idiotisch.

Ich stieß Guljaka von Luscha weg und rief ihm mit Absicht laut und böse zu:

„Was soll das heißen, Petjok? Alle begrüßt du, allen drückst du die Hände und mich bemerkst du gar nicht? Ein schöner Freund das!“

Er blickte mich mit nichtssehenden Augen an, betäubt von Luschas Kuß und schien mich nicht zu verstehen.

Mit einer furchtbaren Anspannung seines Willens gab er sich dann einen Ruck und lachte.

„Galja Iwanowna!... Liebste Genossin!... Entschuldige mich Dummkopf! Ueberall seh ich nur Freunde, es kam mir vor, als hätte ich schon alle an mein Herz gedrückt... Und dabei habe ich dich nicht bemerkt!... Das werde ich mir niemals verzeihen... du kannst mich strafen, wie du willst...“

Er umarmte mich, wir küßten einander und ich flüsterte ihm ins Ohr:

„Ich muß dich sofort sprechen, Petjok.“

„Ja, ich weiß schon. Ich hatte dieselbe Absicht.“

Tschuschkin klopfte ihm auf die Schulter und blinzelte ihm mit seinem einzigen Auge an.

„Bist ein Prachtkerl! Das nenne ich Energie!... Meine Partisanschule ist nicht umsonst gewesen. Ein Prachtkerl!“

Und wir beide, Luscha und ich, begriffen, warum Tschuschkin das sagte.

Und die Tschuschkinin stand vor ihm, hochmütig, die Brust stolz nach vorn gestreckt und schlug mit den Händen auf die Hüften.

„Das lasse ich mir gefallen... gewachsen bist du... Gesünder geworden, Kräftig bist du... Das ist gut, mein Lieber.“

Wjetrow packte ihn unter dem Arm und schleppte ihn die Leiter hinauf. Das Schwungrad flog leichtflügelig, klanglos und stürmisch. Und von diesem Flug wogten die heißen Luftwellen, die uns zurückdrängten. Die Maschine seuzte, klang, erschütterte den Fußboden und von ihrer mächtigen Bewegung zitterte das ganze Innere, die Schritte wurden unsicher, und die Füße glitten von selbst über den Boden.

Luscha stand da wie aus einer anderen Welt, strahlend, die Augen vor Fieber glänzend.

Als wir in schneeiger Dämmerung nach Hause gingen, drängten sich die Frauen zu mir, und einander unterbrechend, schwer atmend, sagten sie verlegen:

„Wie ist das, Galja Iwanowna, wie ist das, Mädchen?... Das Ganze war sehr seltsam... Es ist tatsächlich zu keinem Skandal gekommen? Ja wieso denn, Mädch, hm?“

Ich geriet in Wut und schrie sie an:

„Wieso? Ja, so... man darf eben nicht die Zunge wetzen... Nur durch Klatsch und Flüsterereien entsteht Niederträchtigkeit und Dreck... Was wollt ihr? Was braucht ihr? Streit? Verbrechen? Hohn? Was für eine Sklavennatur ihr doch alle habt, ihr lieben Frauen!“

Sie schwiegen und machten beleidigte Gesicht.

Einige von ihnen blieben zurück und brumnten irgendeinen dummen Unsinn unter der Nase.

(Fortsetzung folgt.)

# Zwischen-Bilanz der kapitalistischen Niedergangs-Krise

Der kalendermäßige Jahresabschluss ist Gelegenheit zu einer Untersuchung an dem Rückgang der Weltproduktion der letzten Krisenjahre.

Das Konjunktur-Forschungs-Institut zieht in seinem letzten Wochenbericht eine „Krisenbilanz“. Das Ergebnis sieht in konzentrierter Darstellung wie folgt aus: „Die industrielle Weltproduktion war im Jahr 1932 niedriger als je im vergangenen Jahrzehnt. Setzt man die im Jahre 1928 erzeugte Warenmenge gleich 100, so ergibt sich für 1932 eine Indexziffer von 74. Im Jahr 1928 war die industrielle Weltproduktion um 27 v. H. größer als 1913; im Jahre 1929 sogar um 47 v. H. 1932 war sie wieder fast auf den Vorkriegsstand zurückgeworfen; bezogen auf die seit der Vorkriegszeit um mehr als 13 v. H. gewachsene Bevölkerung hat die Erzeugung von Industriewaren den Vorkriegsstand sogar um 11 v. H. unterschritten.“

Das ist also das Ergebnis der Untersuchung. Die Dauer des Produktionsrückgangs hat in den einzelnen Ländern verschieden begonnen und mit ungleicher Intensität. Die mitteleuropäischen Industriegebiete wurden zuerst von der Krise erfaßt. So vermochte beispielsweise Polen bereits seit 1929 seine industrielle Erzeugung gegenüber dem Vorjahr nicht mehr zu erhöhen. Auch in Belgien, Deutschland, Oesterreich, Ungarn und in der Tschecho-Slowakei war die Zunahme im Jahr 1929 nur sehr gering.

Wenn 1928 die höchste Produktionsziffer erreicht wurde und dieses Jahr gleich 100 angenommen wird, so ergibt sich für Deutschland eine Produktionsziffer im Jahre 1930 von 80 v. H.; 1931 72 v. H. und 1932 nur noch 57 v. H. Deutschland ist damit an die erste Stelle der europäischen Industrieländer gerückt, die den stärksten Produktionsrückgang zu verzeichnen haben. Denn in Großbritannien ist in den gleichen Jahren das Produktionsvolumen von 90 v. H. auf 71 v. H. gesunken. In Oesterreich ist der Rückgang 1930 90 v. H., 1931 71 v. H.; in den Vereinigten Staaten ist der Rückgang ähnlich wie in Deutschland verlaufen, nämlich 1930 87 v. H., 1931 73 v. H.,

1932 57 v. H. Wird eine Durchschnittszahl für die Welt einschließlich Sowjet-Rußland gezogen, so ergibt sich ein Gesamtproduktionsrückgang im Jahre 1930 auf 96 v. H., 1931 87 v. H., 1932 74 v. H. Der Produktionsrückgang ist ausschließlich Sowjet-Rußland — das durch den Fünfjahresplan eine besonders Forcierung seiner industriellen Produktion betreibt — im Jahre 1932 sogar auf 67 v. H. gesunken.

Für den Marxisten besonders interessant ist der Anteil der einzelnen Länder an der industriellen Weltproduktion. Denn in dem Maße, als der Welt-Produktions-Anteil eines Landes sinkt, in dem Maße müssen sich die sozialen Spannungen in diesem Lande verschärfen. Wenn der Stand der industriellen Weltproduktion unter diesem Gesichtspunkt betrachtet wird, dann ergibt sich, daß auch hier Deutschland an erster Stelle steht, d. h., den relativ stärksten Produktionsrückgang aufzuweisen hat.

**Betrug in Deutschland 1928 der Anteil an der Weltproduktion 11,6 v. H., so war er 1932 nur 8,9 v. H.**  
Ein Vergleich Rußlands auf derselben Basis ergibt eine Steigerung des russischen Anteils von außergewöhnlicher Höhe. Er betrug nämlich im Jahre 1928 4,7 v. H. und steigerte sich um nahezu das Dreifache, nämlich 1932 14,9 v. H.

Wenn man eine Art „Rangordnung“ des Anteils der verschiedenen Länder an der industriellen Weltproduktion aufstellt, so ergibt sich, daß im Jahre 1929 USA an erster Stelle, Deutschland an zweiter, Großbritannien an dritter, Frankreich an vierter, Sowjet-Rußland an fünfter, Italien an sechster und Japan an siebenter Stelle stand. Im Jahre 1932 hat sich dieses Bild vollkommen verändert. Die Länder rangieren in folgender Ordnung: 1. USA, 2. Sowjetrußland, 3. Großbritannien, 4. Deutschland, 5. Frankreich, 6. Japan, 7. Italien. Das hervorstechendste Merkmal ist das starke Anwachsen des Produktionsanteils Sowjetrußlands und die schnelle industrielle Entwicklung Japans.

Noch ein paar Worte zu dem katastrophalen Rückgang der Industrieproduktion Deutschlands im Jahre 1932. Im Jahre 1929 — das ist das Jahr der höchsten Produktion — betrug der Brutto-Produktionswert etwa 84 Milliarden Reichsmark, während er im Jahre 1932 nur noch rund 34 Milliarden betrug. Von dieser Differenz von 50 Milliarden entfallen, nach den Berechnungen des Konjunktur-Forschungs-Instituts, etwa 14 Milliarden auf den Preisrückgang und rund 36 Milliarden auf die Verminderung des Produktionsvolumens!

Der Produktionsrückgang, berechnet auf die beiden großen Zweige der Produktions- und Verbrauchsgüter-Industrie, ergibt folgendes interessantes Bild (1928 ist auch hier gleich 100): In der Produktionsgüter-Industrie betrug hiernach der Produktionsstand im Jahre 1929 102,4 v. H., im Jahre 1932 dagegen nur noch 45 v. H., während er 1913 98 v. H. ausmachte. Am schwersten innerhalb der Produktionsgüter-Industrie ist die Industrie der Baustoffe getroffen, die nämlich im Jahre 1932 nur noch einen Produktionsstand von 37 v. H. aufwies.

In der Verbrauchsgüter-Indu-

strie ist der Rückgang weniger scharf gewesen. In diesem Zweig war der Höchststand 1927 mit 102,5 v. H. zu verzeichnen, während er 1932 nur noch 78 v. H. ausmachte und 1913 98,7 v. H. erreichte.

Abschließend ist zu diesen statistischen Feststellungen zu sagen, daß sich unsere Prognose hundertprozentig bestätigt findet. Deutschland ist und bleibt für die Entwick-

lung der proletarischen Revolution nach wie vor das günstigste Land. Die objektiven Verhältnisse sind reif für die Entfaltung des revolutionären Machtkampfes. An uns als SAP liegt es, die subjektiven Kräfte zu schaffen, die in Gestalt der revolutionär-marxistischen Einheitsfront den Machtfaktor darstellen, der den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland ermöglichen kann. Hegla.

Das ist also das Ergebnis der Untersuchung. Die Dauer des Produktionsrückgangs hat in den einzelnen Ländern verschieden begonnen und mit ungleicher Intensität. Die mitteleuropäischen Industriegebiete wurden zuerst von der Krise erfaßt. So vermochte beispielsweise Polen bereits seit 1929 seine industrielle Erzeugung gegenüber dem Vorjahr nicht mehr zu erhöhen. Auch in Belgien, Deutschland, Oesterreich, Ungarn und in der Tschecho-Slowakei war die Zunahme im Jahr 1929 nur sehr gering.

Wenn 1928 die höchste Produktionsziffer erreicht wurde und dieses Jahr gleich 100 angenommen wird, so ergibt sich für Deutschland eine Produktionsziffer im Jahre 1930 von 80 v. H.; 1931 72 v. H. und 1932 nur noch 57 v. H. Deutschland ist damit an die erste Stelle der europäischen Industrieländer gerückt, die den stärksten Produktionsrückgang zu verzeichnen haben. Denn in Großbritannien ist in den gleichen Jahren das Produktionsvolumen von 90 v. H. auf 71 v. H. gesunken. In Oesterreich ist der Rückgang 1930 90 v. H., 1931 71 v. H.; in den Vereinigten Staaten ist der Rückgang ähnlich wie in Deutschland verlaufen, nämlich 1930 87 v. H., 1931 73 v. H.,

1932 57 v. H. Wird eine Durchschnittszahl für die Welt einschließlich Sowjet-Rußland gezogen, so ergibt sich ein Gesamtproduktionsrückgang im Jahre 1930 auf 96 v. H., 1931 87 v. H., 1932 74 v. H. Der Produktionsrückgang ist ausschließlich Sowjet-Rußland — das durch den Fünfjahresplan eine besonders Forcierung seiner industriellen Produktion betreibt — im Jahre 1932 sogar auf 67 v. H. gesunken.

Für den Marxisten besonders interessant ist der Anteil der einzelnen Länder an der industriellen Weltproduktion. Denn in dem Maße, als der Welt-Produktions-Anteil eines Landes sinkt, in dem Maße müssen sich die sozialen Spannungen in diesem Lande verschärfen. Wenn der Stand der industriellen Weltproduktion unter diesem Gesichtspunkt betrachtet wird, dann ergibt sich, daß auch hier Deutschland an erster Stelle steht, d. h., den relativ stärksten Produktionsrückgang aufzuweisen hat.

**Betrug in Deutschland 1928 der Anteil an der Weltproduktion 11,6 v. H., so war er 1932 nur 8,9 v. H.**  
Ein Vergleich Rußlands auf derselben Basis ergibt eine Steigerung des russischen Anteils von außergewöhnlicher Höhe. Er betrug nämlich im Jahre 1928 4,7 v. H. und steigerte sich um nahezu das Dreifache, nämlich 1932 14,9 v. H.

Wenn man eine Art „Rangordnung“ des Anteils der verschiedenen Länder an der industriellen Weltproduktion aufstellt, so ergibt sich, daß im Jahre 1929 USA an erster Stelle, Deutschland an zweiter, Großbritannien an dritter, Frankreich an vierter, Sowjet-Rußland an fünfter, Italien an sechster und Japan an siebenter Stelle stand. Im Jahre 1932 hat sich dieses Bild vollkommen verändert. Die Länder rangieren in folgender Ordnung: 1. USA, 2. Sowjetrußland, 3. Großbritannien, 4. Deutschland, 5. Frankreich, 6. Japan, 7. Italien. Das hervorstechendste Merkmal ist das starke Anwachsen des Produktionsanteils Sowjetrußlands und die schnelle industrielle Entwicklung Japans.

Noch ein paar Worte zu dem katastrophalen Rückgang der Industrieproduktion Deutschlands im Jahre 1932. Im Jahre 1929 — das ist das Jahr der höchsten Produktion — betrug der Brutto-Produktionswert etwa 84 Milliarden Reichsmark, während er im Jahre 1932 nur noch rund 34 Milliarden betrug. Von dieser Differenz von 50 Milliarden entfallen, nach den Berechnungen des Konjunktur-Forschungs-Instituts, etwa 14 Milliarden auf den Preisrückgang und rund 36 Milliarden auf die Verminderung des Produktionsvolumens!

Der Produktionsrückgang, berechnet auf die beiden großen Zweige der Produktions- und Verbrauchsgüter-Industrie, ergibt folgendes interessantes Bild (1928 ist auch hier gleich 100): In der Produktionsgüter-Industrie betrug hiernach der Produktionsstand im Jahre 1929 102,4 v. H., im Jahre 1932 dagegen nur noch 45 v. H., während er 1913 98 v. H. ausmachte. Am schwersten innerhalb der Produktionsgüter-Industrie ist die Industrie der Baustoffe getroffen, die nämlich im Jahre 1932 nur noch einen Produktionsstand von 37 v. H. aufwies.

In der Verbrauchsgüter-Indu-

strie ist der Rückgang weniger scharf gewesen. In diesem Zweig war der Höchststand 1927 mit 102,5 v. H. zu verzeichnen, während er 1932 nur noch 78 v. H. ausmachte und 1913 98,7 v. H. erreichte.

Abschließend ist zu diesen statistischen Feststellungen zu sagen, daß sich unsere Prognose hundertprozentig bestätigt findet. Deutschland ist und bleibt für die Entwick-

lung der proletarischen Revolution nach wie vor das günstigste Land. Die objektiven Verhältnisse sind reif für die Entfaltung des revolutionären Machtkampfes. An uns als SAP liegt es, die subjektiven Kräfte zu schaffen, die in Gestalt der revolutionär-marxistischen Einheitsfront den Machtfaktor darstellen, der den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland ermöglichen kann. Hegla.

Das ist also das Ergebnis der Untersuchung. Die Dauer des Produktionsrückgangs hat in den einzelnen Ländern verschieden begonnen und mit ungleicher Intensität. Die mitteleuropäischen Industriegebiete wurden zuerst von der Krise erfaßt. So vermochte beispielsweise Polen bereits seit 1929 seine industrielle Erzeugung gegenüber dem Vorjahr nicht mehr zu erhöhen. Auch in Belgien, Deutschland, Oesterreich, Ungarn und in der Tschecho-Slowakei war die Zunahme im Jahr 1929 nur sehr gering.

Wenn 1928 die höchste Produktionsziffer erreicht wurde und dieses Jahr gleich 100 angenommen wird, so ergibt sich für Deutschland eine Produktionsziffer im Jahre 1930 von 80 v. H.; 1931 72 v. H. und 1932 nur noch 57 v. H. Deutschland ist damit an die erste Stelle der europäischen Industrieländer gerückt, die den stärksten Produktionsrückgang zu verzeichnen haben. Denn in Großbritannien ist in den gleichen Jahren das Produktionsvolumen von 90 v. H. auf 71 v. H. gesunken. In Oesterreich ist der Rückgang 1930 90 v. H., 1931 71 v. H.; in den Vereinigten Staaten ist der Rückgang ähnlich wie in Deutschland verlaufen, nämlich 1930 87 v. H., 1931 73 v. H.,

1932 57 v. H. Wird eine Durchschnittszahl für die Welt einschließlich Sowjet-Rußland gezogen, so ergibt sich ein Gesamtproduktionsrückgang im Jahre 1930 auf 96 v. H., 1931 87 v. H., 1932 74 v. H. Der Produktionsrückgang ist ausschließlich Sowjet-Rußland — das durch den Fünfjahresplan eine besonders Forcierung seiner industriellen Produktion betreibt — im Jahre 1932 sogar auf 67 v. H. gesunken.

Für den Marxisten besonders interessant ist der Anteil der einzelnen Länder an der industriellen Weltproduktion. Denn in dem Maße, als der Welt-Produktions-Anteil eines Landes sinkt, in dem Maße müssen sich die sozialen Spannungen in diesem Lande verschärfen. Wenn der Stand der industriellen Weltproduktion unter diesem Gesichtspunkt betrachtet wird, dann ergibt sich, daß auch hier Deutschland an erster Stelle steht, d. h., den relativ stärksten Produktionsrückgang aufzuweisen hat.

## Ausweg: Arbeiterbildung sagt Dr. Stammer. Er glaubt noch an die Demokratie

In einer Versammlung der Breslauer Buchdrucker sprach Dr. Stammer vor der SPD über das ungeliebte Thema: „Können die Arbeiter noch an die Demokratie glauben?“

Die Ausführungen Dr. Stammers waren ein Einseitiges — Andererseits, Unterstrich er erst den Marxschen Satz, der vom Staat als Herrschaftsinstrument der besitzenden Klasse spricht, so waren seine weiteren Ausführungen eine einzige Polemik gegen Karl Marx. Der Übergang zum Sozialismus sei kein bestimmter. Auch Marx und Engels seien im „reiferen Alter“ für die „demokratische Methode“ gewesen. Von der Weimarer Demokratie seien zwar nur 25 Prozent übriggeblieben. (Eine kleine Heberfreibung.) Daran sei aber vor allem die Spaltung der Arbeiterbewegung schuld. Er, Dr. Stammer, verleihe im Gegensatz zu den Russen den „westeuropäischen“ Marxismus, der die Diktatur nur als von der Mehrheit des Proletariats getragen zuläßt. Heute fehle jedoch zur objektiven Reife der Situation die subjektive Reife der Arbeiterschaft.

Stammers Ausführungen waren gespickt mit Angriffen gegen die SAP. Zu diesem besonderen Zwecke hat man ihn ja auch von Seiten der Gewerkschaftsführung geholt.

Die Genossen Kallinke, Thälheim und Fischer von der SAP nahmen in der Diskussion Gelegenheit, den Ausführungen Dr. Stammers entgegenzutreten. An Hand von praktischen Beispielen und den von der Arbeiterschaft in diesen Jahren gemachten Erfahrungen verwies sie auf die Unbrauchbarkeit der demokratisch-reformistischen Methode. An einer Reihe von Marx- und Engelszitate wiesen sie nach, daß beide bis an ihr Ende beharrlich der Diktatur des Proletariats das Wort geredet haben. Nicht die Spaltung der Arbeiterklasse ist die Ursache ihres Niederganges, sondern umgekehrt, die Wirkung der sozialdemokratischen Verratspolitik. Unter Beifall zeigten sie auf, daß die Ausführungen Dr. Stammers nur der nachträglichen Bestätigung der Politik der sozialdemokratischen Führung in den Jahren seit der Revolution gälten.

Nachdem noch ein kommunistischer Genosse und einige sozialdemokratische Kollegen gesprochen hatten, hielt Dr. Stammer ein Schlusswort des Inhalts: Durch Arbeiterbildung zum Sozialismus!

Ein Antrag unserer Genossen, nunmehr einen Beibehalter des revolutionären Weges sprechen zu lassen, wurde angenommen.

Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit einigen geschäftlichen Angelegenheiten.

## Einigung im Siegerländer-Konflikt

Die Verhandlungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der Siegerländer Metallindustrie haben in den letzten Nachtstunden zu folgender Vereinbarung geführt: Der Spitzen-Tariflohn für die Siegerländer Metallarbeiter wird ab 15. Januar 1933 auf 57 Pfennig je Stunde festgesetzt. Die anderen Sätze der Lohnordnung ändern sich entsprechend. Die Kinderzulage von 1 Pfennig je Stunde wird nach der bisherigen Vereinbarung gezahlt, jedoch erst vom zweiten Kinde ab. Diese Regelung gilt bis auf weiteres und kann mit einmonatiger Frist zum Ende des Monats gekündigt werden.

Mit dieser Vereinbarung ist die Generalaussperrung in der Siegerländer Metallindustrie beendet und der Schiedsspruch auf obiger Grundlage Wirklichkeit geworden. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt, und das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

## Schulungskursus des Unterbezirks Brandenburg

Im Jugendheim in Premnitz hielt Genosse Paul Frölich einen gut besuchten Wochenendkurs ab mit dem Thema: Die Rolle der Partei. Zuerst eine Fülle historischen Materials über Ziele und Organisationsformen älterer Arbeitergruppen und Parteien. Dann ein Einblick in die Entstehungsgeschichte der Bolschewiki. Hinweise auf die in den damaligen russischen Verhältnissen begründete Organisationsform der Partei, die den wechselnden politischen Verhältnissen (legale — illegale Arbeit, Aufstiegsepoche — Rückzugsepoche usw.) stets lebendig angepaßt wurde. Bei der von Paul Frölich meisterhaft beherrschten Zusammenfassung der Kursteilnehmer, daß das echte bolschewistische Organisationsprinzip auch uns als Vorbild dienen kann, ohne daß es uns erspart bleibt, zu prüfen, wie gerade heute unter deutschen Verhältnissen der demokratische Zentralismus aussehen muß. Kein noch so gutes Organisationsstatut würde Entfaltungen, wie zum Beispiel die Stalin-Diktatur verhindern können. Nur wenn die Menschen mit den besten Erfahrungen und dem festesten Willen zu geschlossenem Handeln an die Spitze gestellt werden — und nur wenn der Wille der Mitglieder zu deren ständigen Kontrolle und Kritik wach bleibt, wird die Organisation gesund und wirkungsfähig sein.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, Inserat. Herbert Scho 2, Breslau, Verlag: Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schaizky, A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen, Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G. b. u. r. Breslau 5, Gartenstr. 21, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 02 92.

## Bekleidungsarbeiter-Streik

Bei Bender & Gattmann, Frankfurt

Uns lag eine Bescheinigung vor, nach der eine Arbeiterin bei Bender & Gattmann für vierzehn Tage netto 5,71 RM herausbekam. Sie mußte zum Trambahngeld, da sie auswärts wohnt, noch hinzulegen. In den letzten Monaten gingen die Arbeiterinnen mit 5, 6, 7, 8 RM die Woche heim. Unsere Gewährsmännin zeigte uns die Abrechnung vom 30. Dezember — im Dezember herrscht wegen der bevorstehenden Inventurausverkäufe Konjunktur im Bekleidungs-gewerbe —, danach hatte sie 9 RM netto herausbekommen. Der größte Teil der Arbeiterinnen schafft auf Akkordlohn. Dauert müssen sie in Arbeitsbereitschaft sein, aber oft sind nur Aufträge für ein oder zwei Stunden vorhanden. Die Arbeiterinnen müssen nicht nur nutzlos ihre Zeit im Warten auf Aufträge verbringen, sondern bekommen auch nicht im mindesten ihren Tariflohn. Unsere Kollegin hatte an Hosen den Latz und die Taschen zu be-nahmen. Sie bekam dafür 3,10 RM pro zehn Stück. Da sie pro Stück durchschnittlich eine Stunde braucht, entspricht das einem Stundenlohn von rund 31 Pfennigen. Der Tarif sieht jedoch einen Lohn von 61,2 Pf. und einen niedrigsten Satz von 39,6 Pf. vor. Wenn man den niedrigsten Satz nimmt, ergibt sich eine Unterbezahlung von 21,9 Prozent. Da aber die Akkordlöhne eigentlich höher als die Zeitlöhne sein sollten und wir den niedrigsten Zeitlohn zugrunde legten, ist es in Wirklichkeit eine Unterbezahlung von viel größerem Ausmaß.

Diese Hungerlöhne hat die Firma durch eine Mitteilung vom 30. 12. 1932 für das neue Jahr um weitere 20 bis 30 Prozent herabgesetzt. Der Stücklohn unserer Kollegin wurde von 3,10 auf 2,50 RM pro zehn Stück gesenkt.

In der Betriebsversammlung am 2. Januar vor Arbeitsbeginn beschloß die Belegschaft fast einstimmig den Streik. In den Verhandlungen, die darauf einzeln, fungierte als Vertreter der Firma Dr. Körner von der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank hatte 1932 die Firma saniert, sie ist es augenscheinlich jetzt, die den Lohnabbau verlangt.

Der Streik wird geführt von der RGO. Ueber seinen gegenwärtigen Stand konnte uns die Streikleitung keine Auskunft geben. Immerhin kann gesagt werden, daß ein gewisser Prozentsatz der 650 Personen tragenden Belegschaft Streikbrecherarbeit leistet, jedoch die Firma mit ihnen den Betrieb nicht voll aufrechterhalten kann. Unter den Streikenden befinden sich auch freige-werkschaftlich und christlich Organisierte. Die Mitglieder des Arbeiterrates arbeiten jedoch. Wie wir nachträglich erfahren, ist der Streik soeben wegen Ueberhand-nahme der Streikbrecherarbeit von der Streikleitung abgebrochen worden.

Die Stellung des Bekleidungsarbeiter-verbandes

Der Bekleidungsarbeiterverband hat den Streik für „wild“ erklärt, so daß die Firma in einem Rundschreiben an die Belegschaft berichten konnte: „Die Gewerkschaften sind in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage gegen den Streik.“ Dadurch wurde

eine Verwirrung unter den Arbeitern er-zugt, die mit die Ursache für die Streik-brucharbeit bildet.

In der „Arbeiterzeitung“ (KPD-Organ für Frankfurt) vom 14. November 1932 (Nr. 245) wird berichtet, daß Wündisch, der Ge-schäftsführer des Verbandes, sich bereit er-klärt habe, für die Belegschaft Klage beim Arbeitsgericht auf larliche Bezahlung durchzuführen. Das wäre auch nach unserer Meinung der richtige Weg gewesen. Hätte die Firma nach der Klage beim Arbeits-gericht, die bei diesem Tatbestand wahr-scheinlich erfolgreich gewesen wäre, sich geweigert, Tarif zu zahlen, dann hätte durch entsprechenden Druck auf den Verband mit gewerkschaftlicher Unter-stützung der Streik geführt werden müssen. Denn ohne Unterstützung der freien Gewerkschaften ist in den meisten Fällen, von kleinen Teilstreiks abgesehen, heute ein Streik nicht erfolgreich durch-zuführen.

Der Arbeiterrat, dessen Mitglieder in der Mehrzahl freige-werkschaftlich organisiert sind, und der Verband haben völlig versagt. Sie haben weder die Klage eingereicht, noch sich jetzt bei dem Lohnabbau vom 30. Dezember an die Spitze der streikwilligen Belegschaft gestellt, im Gegenteil sie sind mit ihrer Haltung, wie das zitierte Schreiben der Firma zeigt, den Streikenden in den Rücken gefallen. Von tarifmäßigem Ver-halten der Firma, auf das sich die Gewerk-schaften mit dem Hinweis auf ihre even-tuelle Schadenersatzpflicht berufen könnten, kann bei einem solchen Lohnraub nicht die Rede sein. Wenn gar gesagt wird, daß der Verband nicht gewillt ist, „für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen“, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß es hier keine „andere“ gibt, sondern nur die aus-gebeutete und mit Hungerlöhnen bezahlte Belegschaft, für die der Verband mit allen Kräften und mehr Initiative sich hätte ein-setzen müssen.

Der Betriebsrat bestand zum größten Teil aus männlichen Kollegen, obwohl der Betrieb in der Mehrzahl Arbeiterinnen be-schäftigt. Die Zuschneider zum Beispiel sollen einen Wochenlohn von 50 RM erhalten haben. Schuld ist schließlich auch die eigene Unaktivität der Arbeiterinnen, die den Ar-beiterrat zu besetzen hätten.

Aber auch das Verhalten der Kollegen von der RGO war falsch. Wenn der Be-trieberrat und der Verband so versagt, so hätten sie die Unterschriften für die Voll-macht zur Klage sammeln und den Ge-schäftsführer des Verbandes beim Wort nehmen müssen. Das wäre revolutionäre Gewerkschaftsarbeit gewesen, wie wir sie verstehen.

Kollegen! Wir stehen vor den Vertreter-wahlen, sorgt dafür, daß solche Vertreter gewählt werden, die nicht so versagen, wie die Mitglieder des Arbeiterrates von Bender & Gattmann. Die Sozialistische Arbeiter-partei kämpft innerhalb der freien Gewerkschaften dafür, daß diese Organisa-tionen die ökonomischen Interessen des Proletariats in den Arbeitskonflikten gegen die Ausbeutungsmethoden der Unternehmer unter Einsetzung ihrer vollen Macht vertreten.

Das wachsende Opposition der Gewerk-schaftsmitglieder gegen den Versuch der Leipart und Co., die Gewerkschaften in die nationale Einheitsfront einzureihen, greift auch auf große Kreise bisher sozialdemo-krafisch gestimmter Kollegen über. Der Ver-such der SPD-Bürokratie, die dem ADOB an-geschlossenen Organisationen einseitig in den Dienst ihrer Partei zu stellen, stößt auf immer stärkeren Widerstand. Mehr und mehr setzt sich bei den Gewerkschafts-kollegen die Auffassung durch, die partei-politische Neutralität wiederherzustellen.

Nachdem es bereits vor einigen Wochen möglich war, im AFA-Kartell Osnabrück wie auch im Jugendkartell offizielle Referenten der SAP gegen den Willen der Bürokratie sprechen zu lassen, wurde das von der SPD ängstlich gehütete Referenten-monopol im Bezirk Weser-Ems weiter durchlöchert.

Den Osnabrücker Genossen gelang es im AFA-Bund, Buchdruckerverband und Nahrungsmittelarbeiterver-band den Genossen Weckerle als Re-ferenten über das „Arbeitsbeschaffungs-programm“ durchzusetzen. Die Versamm-lungen finden bereits in der letzten Januar-woche statt. In Bremen gelang es dem Genossen Grobe (SAP) in der am 19. die-

ses Monats stattgefundenen General-versammlung des Sattler-, Tape-zierer- und Portefeullier-Ver-bandes mit 40 gegen 30 Stimmen die Mehrheit dafür zu erhalten, dem Genossen Weckerle in der nächsten Mitgliederversammlung das Referat zu übertragen. Ein erfreuliches Zeichen war es, daß in dieser Versammlung besonders langjährig organi-sierte Kollegen den Antrag mit dem Hinweis tatkräftig unterstützten, es müsse mit dem Brauch, nur immer SPD-Vertreter in den Gewerkschaftsversammlungen sprechen zu lassen, endlich gebrochen werden.

Auch in den übrigen Massen-organisationsen gelingt es der SAP, weiter vorzuziehen. Bei der Vor-standswahl der „Freien Turner-schaft Ostertor (Bremen)“ wurden neun SAP-Genossen gewählt. Bis-her war der Vorstand nur von SPD-Genossen besetzt.

Bei der Neuwahl des Vorstandes der Jugendsektion des Zda in Bremen wurde folgendes Ergebnis erzielt: SAP 2 Genossen, 5 Sympathisierende, 2 SPD.

Bei der Neuwahl des Vorstandes der Jugendsektion des Zda in Bremen wurde folgendes Ergebnis erzielt: SAP 2 Genossen, 5 Sympathisierende, 2 SPD.

Bei der Neuwahl des Vorstandes der Jugendsektion des Zda in Bremen wurde folgendes Ergebnis erzielt: SAP 2 Genossen, 5 Sympathisierende, 2 SPD.

Bei der Neuwahl des Vorstandes der Jugendsektion des Zda in Bremen wurde folgendes Ergebnis erzielt: SAP 2 Genossen, 5 Sympathisierende, 2 SPD.

Bei der Neuwahl des Vorstandes der Jugendsektion des Zda in Bremen wurde folgendes Ergebnis erzielt: SAP 2 Genossen, 5 Sympathisierende, 2 SPD.